G 2527

Nr. 3-4/2024

# Gymnasium

BADEN-WÜRTTEMBERG

Gymnasium **NEU** denken

## DA MUSS SICH WAS ÄNDERN!

**Wir wählen PhV!**

In NOVAtions-Gymnasium G9

INFOS ZUR WAHL
INSIDE
16. bis 18.4.2024

**Personalrats-wahlen 2024**

## Inhalt


Editorial *[Ralf Scholl]* 2

Kandidatenaufstellung und personeller Wechsel *[Helmut Hauser]* 4

Der AKA PhV BW macht fit! *[Jürgen Harich]* 6

Interview mit den Initiatorinnen von 'G9-jetzt' *[Helmut Hauser]* 7

Was ist das Bürgerforum? *[Helmut Hauser]* 9

Den Bürgerwillen schnell umsetzen *[Helmut Hauser]* 10

InNOVAtionsgymnasium G9 *[Claudia Grimm]* 11

Mit der Einführung eines novellierten neunjährigen Gymnasiums ... *[PhV BW]* 12

Aktuelles aus dem HPR *[Jörg Sobora]* 15

Aktuelles aus dem HPR asB *[Michael Belz]* 16

Thema aktuell: CDU 17

Informationen zur Personalratswahl 2024 *[PhV BW]* 18

Chat GPT – KI sinnvoll im Unterricht einsetzen *[Martina Scherer]* 20

Abitur Geschichte: Ist das Basisfach das echte Leistungsfach? *[Dieter Grupp]* 21

Die Wahlen stehen vor der Tür! *[Enver Groß]* 22

Klausurtagung des BV Nordwürttemberg *[Siegmar Scheffold]* 23

COPSOQ *[Anne-Elise Kiehn]* 24

Erschöpft? Genervt? Kurz vor dem Burnout? *[Anne-Elise Kiehn]* 25

Fehlende Weitsicht im Kultusministerium *[PhV BW]* 26


Titelbild/U4:
Philologenverband Baden-Württemberg


**Redaktionsschluss:**
**Mai-Juni-Ausgabe:** 25. April 2024,
**Juli-August-Ausgabe:** 1. Juli 2024.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung).

Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden!
Enver Groß | enver.gross@phv-bw.de
Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg






# *Liebe Leserinnen und Leser,*

**Ralf Scholl**
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

die Personalratswahlen und das Abitur stehen unmittelbar bevor und auch die Bildungspolitik in Baden-Württemberg ist endlich in Bewegung geraten. Aber der Reihe nach:

## Personalratswahlen

Vom 16. bis 18. April finden die Personalratswahlen statt. Für eine fünfjährige Amtszeit werden die Vertretungen der Lehrkräfte gewählt

- auf Ebene der Schule als Örtliche Personalräte (ÖPR),
- auf Ebene der Regierungspräsidien als Bezirkspersonalräte Gymnasien (BPR) und
- auf Ebene des Kultusministeriums als Hauptpersonalrat Gymnasien (HPR).

Bitte unterstützen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten des Philologenverbandes Baden-Württemberg mit allen Ihren Stimmen, aber auch dadurch, dass Sie in Ihrem Kollegium auf die Positionen und Erfolge des PhV BW hinweisen:

Der Philologenverband Baden-Württemberg steht uneingeschränkt

- für ein innovatives Gymnasium,
- für G9 mit G8-Schnellläuferzügen,
- für Verbindlichkeit bei der Wahl der weiterführenden Schule durch eine '2 von 3'-Regelung aus Grundschulempfehlung, normiertem Test und Elternwillen,
- für eine Arbeitszeit der Lehrkräfte, welche der Beamten-Jahresarbeitszeit von 1804 Stunden entspricht.

## Arbeitszeitklagen

Wir reden nicht bloß, wir handeln: Wegen der ausufernden Arbeitszeit der Lehrkräfte, dem größten berufspolitischen Dauerproblem im Bereich der Gymnasien, unterstützen wir zwei Lehrkräfte mit jeweils mehr als 2050 dokumentierten Arbeitstunden pro Jahr bei ihren Arbeitszeitklagen. 2050 Arbeitsstunden sind über 246 Stunden Mehrarbeit, also volle sechs 41-Stunden-Wochen. Letztlich hatten unsere Kläger damit ihren kompletten sechswöchigen Jahresurlaub bereits vorgearbeitet. Das ist verrückt!

Seit Ende Januar liegen unsere Arbeitszeitklagen beim Verwaltungsgericht Stuttgart. Wir hoffen auf eine erstinstanzliche Entscheidung noch in diesem Jahr.

## G9 und die Bildungsallianz

Das einzige, was nach dem ersten 'Bildungsallianz'-Gespräch am 23. Februar 2024 sicher scheint, ist, dass G9 kommen wird. Aufgrund der Verzögerungstaktik von Kultusministerin Schopper und den Grünen, die G9 nur gezwungenermaßen und gegen ihren Willen umsetzen, ist mittlerweile ein Start zum Schuljahr 2024/2025 nicht mehr realistisch. Bei der Anmeldung zu den weiterführenden Schulen im März hätte dafür ja Klarheit bestehen müssen. Laut Aussage von Kultusministerin Schopper soll G9 zum Schuljahr 2025/2026 aufwachsend eingeführt werden. Die Corona-Lücken der Kinder spielen bei diesen Überlegungen leider keinerlei Rolle.

Insbesondere die Grünen versuchen im Rahmen der Bildungsallianz darauf zu drängen, die Schulstruktur »zu vereinfachen«: Aus Gymnasium, Realschule, Werkrealschule und Gemeinschaftsschule soll ein zweistufiges System werden: Gymnasium plus etwas wie die Stadtteilschulen in Hamburg oder gar die baden-württembergischen Gemeinschaftsschulen.

Hier kann man nur sagen: Wehret den Anfängen! Denn das wäre eine weitere Schwächung unseres differenzierten Schulwesens auf Kosten der schwächsten Schüler, die an den Gemeinschaftsschulen jetzt schon nicht genügend gefördert werden.

## Unterrichtsform und Lernerfolg – eine wichtige Studie

Im Zuge der PISA-Debatte bin ich auf den Artikel **‘Von Japan lernen: Matheunterricht, der zum Denken anregt’** gestoßen und in diesem Artikel auf eine sehr anschauliche Grafik *(s. Abbildung 1)*.

**Von Japan lernen: Matheunterricht, der zum Denken anregt**

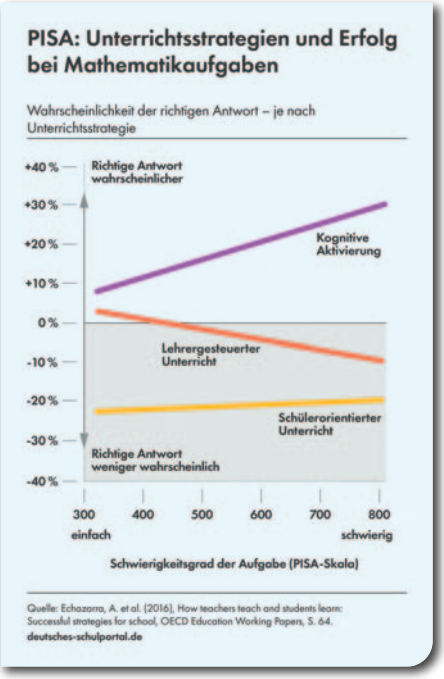
https://deutsches-schulportal.de/unterricht/von-japan-lernen-matheunterricht-der-zum-denken-anregt/

Dieses Forschungsergebnis wurde in den OECD Education Working Papers 130 ‘How teachers teach and students learn – Successful strategies for school’ veröffentlicht, beruht auf Auswertungen von PISA 2012 und wurde bereits im März 2016 online gestellt. Aber von einer ‘Veröffentlichung’ kann man wohl kaum sprechen, denn diese Ergebnisse blieben in der Öffentlichkeit und Politik weitestgehend unbemerkt.

**How teachers teach and students learn – Successful strategies for school**

https://read.oecd-ilibrary.org/education/how-teachers-teach-and-students-learn_5jm29kpt0xxx-en#page1

**Abbildung 1:**




### Was ist festzuhalten?

Der ‘altmodische’, lehrergesteuerte Unterricht ist deutlich erfolgreicher als ein ‘moderner’ schülerorientierter Unterricht: Rund 25 Prozent bis 10 Prozent erfolgreicher, mit abnehmendem Vorsprung bei wachsendem Schwierigkeitsgrad der Aufgaben.

Im Originalartikel wurde übrigens auch ‘Formatives Assessment’ als Unterrichtsform untersucht. Auch das lag etwa 15 Prozent bis 0 Prozent unter dem lehrergesteuerten Unterricht.

Die einzige Unterrichtsform, die deutlich besser abschnitt als der lehrergesteuerte Unterricht war ‘kognitive Aktivierung’ (Neudeutsch: ‘deeper learning’) mit fünf Prozent bis vierzig Prozent besseren Resultaten und um so mehr Unterschied, je höher der Schwierigkeitsgrad der Aufgaben war.

Kein Wunder, dass Baden-Württemberg in den letzten zwölf Jahren in allen Studien immer schlechter abgeschnitten hat: ‘Schülerorientierter Unterricht’ bzw. ‘formatives Assessment’ waren ja gerade die Unterrichtsmethoden, die angestrebt wurden. Ersteres als Paradigma der Gemeinschaftsschulpädagogik, letzteres zum Beispiel in Fortbildungen des ZSL noch letztes Jahr.

Ich glaube, wir können gar nicht genug auf diese Forschungsergebnisse (für das Fach Mathematik) hinweisen. Und ich vermisse Forschungen, die einen ebensolchen Vergleich auch für andere in PISA untersuchte Fächer untersuchen.

Wenn uns als Lehrkräften untaugliche didaktische Methoden als neuestes Non-plus-Ultra verkauft werden, muss sich niemand wundern, wenn der Lernerfolg der Schüler sinkt!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Erfolg bei einem lehrergesteuerten Unterricht mit möglichst viel kognitiver Aktivierung – ich denke, der Erfolg wird dann nicht lange auf sich warten lassen.

Besten Gruß

Ihr

Ralf Scholl

>> Die Teilnehmenden an der Hauptvorstandssitzung

## Hauptvorstandssitzung des Philologenverbandes Baden-Württemberg

# Kandidatenaufstellung und personeller Wechsel

*Am 8. Dezember 2023 fand die turnusmäßige Hauptvorstandssitzung in der Sparkassenakademie Stuttgart statt. Zentrale Themen waren die Abstimmung über die Kandidatenlisten für die 2024 anstehende Wahl zum Hauptpersonalrat und die Nachwahl eines Schatzmeisters.*

von **Helmut Hauser**
Referat Senioren im Landesvorstand, Betreuung Senioren Bezirk Nordbaden

Zunächst begrüßte der Landesvorsitzende **Ralf Scholl** die Teilnehmenden. In seinem Bericht zur aktuellen Lage kritisierte er das Lehrerbild des Kultusministeriums mit Blick auf die Plakataktion in den Sommerferien, die landesweit für Aufsehen und Kritik gesorgt hatte. Das umstrittene Plakat wurde zwar letztendlich korrigiert, die Kultusministerin war aber nicht bereit, sich bei den Lehrkräften des Landes zu entschuldigen. Angeblich konnten durch die Aktion vierzig Lehrkräfte gewonnen werden.

Zentrales Thema seiner Ausführungen war die aktuelle PISA-Studie, in der sich die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler aus Baden-Württemberg erneut verschlechterten, so dass Baden-Württemberg nur mehr knapp über dem Durchschnitt der Bundesländer liegt. Zwar seien zum Beispiel die Ergebnisse der Kompetenzen im Fach Mathematik am Gymnasium besser als in den anderen Schularten. Dennoch sei auch dieses Ergebnis besorgniserregend, da etliche Schülerinnen und Schüler im Ergebnis nur Mindestniveau II erreichten. In der Ursachenforschung verwies Scholl insbesondere mit Blick auf die Ergebnisse im Fach Deutsch darauf, dass sich die Zuwanderungsquote seit der letzten Studie verdoppelt habe. Deutschlernen in der Grundschule ist nach Scholls Meinung zu spät. Er forderte eine verbindliche Vorschule, damit Migrantenkinder ohne

>> Das Plakat des Kultusministeriums, welches für Aufsehen sorgte

>> Ralf Scholl referiert als Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

oder mit wenig Deutschkenntnissen in der Schule mithalten könnten.

Erfreut zeigte sich Scholl über das Ergebnis des Volksantrags zu G9. Die Elterninitiative konnte dem Landtag am 26. Oktober 2023 über 77 000 bestätigte Unterschriften übergeben und hatte damit bereits vor Ablauf des Sammelzeitraums das notwendige Quorum deutlich überschritten. Der Landtag hat nun sechs Monate Zeit, darüber zu beraten und über den Antrag abzustimmen. Scholl gratulierte der Initiative und insbesondere den beiden Initiatorinnen **Anja Plesch-Krubner** und **Corinna Fellner** zu diesem großartigen Erfolg und dankte ihnen für ihr Engagement.

Zum Bundesarbeitsgerichts-Urteil, in dem die Pflicht eines jeden Arbeitgebers zur Erfassung der Arbeitszeit klargestellt wurde, berichtete Scholl, das Kultusministerium wolle nicht tätig werden, bevor ein Bundes-Arbeitszeiterfassungsgesetz vorliege und warte bis dahin ab. Der renommierte Beamtenrechtler Prof. Dr. Battis hat zwei Klagen von PhV-Mitgliedern gegen das Land Baden-Württemberg eingereicht, mit denen die massive Überschreitung ihrer Arbeitszeit festgestellt werden soll – beide Kläger haben mehr als 2050 Jahresarbeitszeitstunden geleistet statt des Beamten-Solls von 1804 Stunden.

>> Martin Brenner präsentiert zum letzten Mal die Finanzen des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Zum Thema Finanzen stellte der Schatzmeister **Martin Brenner** ausführlich die aktuellen Zahlen vor. Er erklärte, dass er mit heutigem Datum sein Amt niederlege, da er auf der letzten Schulvertreterversammlung des Bezirks Nordwürttemberg zum Schatzmeister dieses Bezirksverbandes gewählt wurde und sich künftig auf diese Aufgabe konzentrieren wolle. Er bedankte sich bei den Delegierten für die gute Zusammenarbeit während seiner Amtszeit. Ralf Scholl danke Martin Brenner für seine herausragende Arbeit. Besonders hob er hervor, dass Martin Brenner durch die Ausarbeitung einer neuen Beitragsordnung die Grundlage für die erfolgte Konsolidierung der Finanzen legte.

Aus den Vorstandswahlen im Bezirk Nordwürttemberg resultierten weitere personelle Veränderungen. Der bisherige Vorsitzende **Christian Unger,** der dieses Amt fünf Jahre innehatte, trat nicht mehr zur Wahl an. Als Nachfolgerin wurde **Laura Schönfelder,** die bisherige JuPhi- Landesvorsitzende gewählt. Ralf Scholl dankte Christian Unger für seine als Bezirksvorsitzender geleistete Arbeit und gratulierte seiner Nachfolgerin zur Wahl. Gleichzeitig dankte er Laura Schönfelder für ihr Wirken als JuPhi-Vorsitzende.

>> Christian Unger wird von Ralf Scholl verabschiedet

>> Laura Schönfelder in ihrem neuen Amt als Bezirksvorsitzende Nordwürttemberg

Ganz aktuell konnte Scholl der an diesem Tag neu gewählten neuen Landesvorsitzenden der Jungen Philologen **Stefanie Schrutz** gratulieren.

Resultierend aus dem Rücktritt von Martin Brenner musste ein neuer Schatzmeister gewählt werden. Als einziger Kandidat stellte sich **Matthias Schenkel** zur Verfügung. **Martina Scherer** dankte Matthias Schenkel, dass er sich für diese Amt zur Verfügung stelle. Sie sprach gleichzeitig die Hoffnung aus, dass zukünftig wieder ein aktiver Kollege für dieses wichtige Amt gefunden werden könne. Nachdem sich Matthias Schenkel vorgestellt hatte, fand die Wahl unter Leitung der Wahlkommission bestehend aus **Edelgard Jauch, Mathias Fuchs** und **Heinz Einwiller** statt. Matthias Schenkel wurde mit 94 Prozent der abgegebenen Stimmen gewählt und nahm die Wahl an. Die Wahl gilt satzungsgemäß bis zur nächsten Vertreterversammlung im Juli 2024.

>> Der Wahlvorstand zur Wahl des neuen Schatzmeisters

>> Ralf Scholl gratuliert dem neuen Schatzmeister Matthias Schenkel zur Wahl

Einen breiten Raum nahm die Abstimmung über die vorderen Plätze der Kandidatenliste für die HPR-Wahlen ein. Das Gremium folgte dabei jeweils den Vorschlägen des Landesvorstands.

Die Wahlen zu den Stufenpersonalräten sind das wichtigste Thema des nächsten halben Jahres. Daher informierten **Karin Fetzner**, **Claudia Grimm** und **Martin Stroh** über die bisherigen und vor allem die noch geplanten Aktionen der Wahlkampfkommission.

Weitere Themen der Sitzung waren ein ausführlicher Bericht von **Jörg Sobora**, dem HPR-Vorsitzenden, über die Themen, die in diesem Gremium aktuell behandelt wurden, sowie die Beratung und Abstimmung über zahlreiche eingereichten Anträge.

>> Jörg Sobora während seiner Ausführungen





**Als Arbeitnehmer-Lehrkraft die kniffligen Details kennen und meistern:**

# Der AKA PhV BW macht fit!

Erneut lud der Arbeitskreis Arbeitnehmer des Philologenverbands Baden-Württemberg (AKA PhV BW) am 7. Februar 2024 digital zu einem Expertenvortrag ein. Das große Interesse der Teilnehmenden zeigte dabei einmal mehr, wie wichtig solche Veranstaltungen zum Informationsaustausch sind. Mithilfe der Vorträge der Referentinnen **Ursula Kampf**, **Ursula Dingler** und **Beatrix Verse** sowie dem Referenten **Jürgen Harich** bestand die Gelegenheit, sich zentrales Wissen anzueignen oder dieses aufzufrischen.

Die Vorsitzende des Arbeitskreises Ursula Kampf machte in ihrer Begrüßung deutlich, dass es gerade bei den Arbeitnehmern einiges zu beachten gilt, was sie von den verbeamteten Kolleginnen und Kollegen unterscheidet. Dieses Mal wurden dazu die Themen ‘Renteneintritt/Beschäftigungsende’, ‘Krankheit’, ‘Sabbatjahr’ und ‘Aufstieg E 14’ exemplarisch ausgewählt.

Wie so oft gilt es bei allem, die dazu nötigen Fristen, Verfahrensweisen und die unterschiedlichen Modelle genauestens zu kennen. Dies gilt zum Beispiel beim Einreichen eines Antrages oder bei der Krankmeldung. Wichtig ist dabei immer auch, mögliche Folgen zu berücksichtigen. Was passiert, wenn man länger krank ist und die Entgeltfortzahlung nach sechs Wochen endet? Wo muss man welche Anträge einreichen? Welche Institutionen müssen informiert werden?

Liebäugelt man mit einem Beschäftigungsende oder einer schöpferischen Auszeit im Sinne eines Sabbatjahres, sind verschiedene Szenarien möglich, die den Teilnehmenden mit all ihren Besonderheiten vorgestellt wurden.

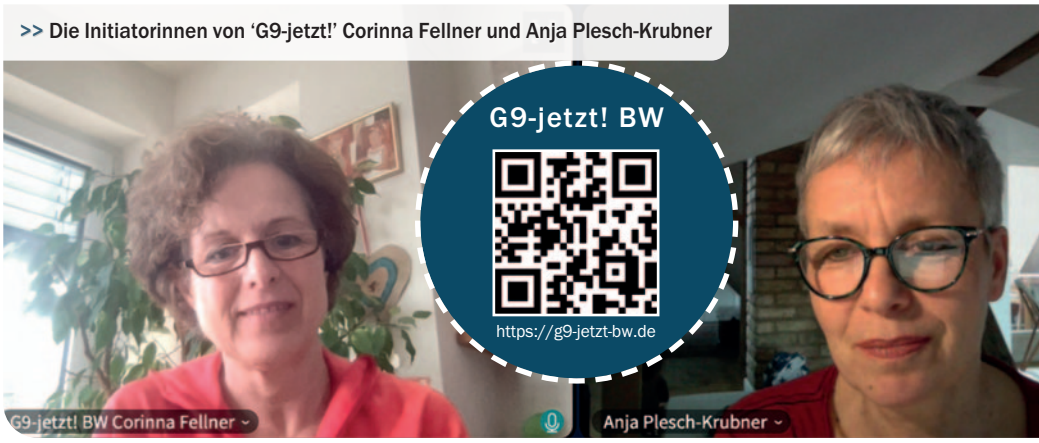
Was muss man alles beachten, wenn man sich als angestellte Lehrkraft auf eine E 14-Stelle bewirbt? Was gilt hier analog zu den Beamtinnen und Beamten und wo sind Unterschiede?

All diese Fragen wurden geklärt. Individuelle Problemstellungen wurden zur Vertiefung der Thematik aufgegriffen und bearbeitet. Trotz oder gerade wegen der Fülle und der Wichtigkeit der Themen waren sich am Ende alle Teilnehmenden einig: Solch eine Veranstaltung bedarf einer Fortsetzung. Ein großer Dank gebührt den Expertinnen und dem Experten, die sich einig sind: Nach dem Expertenvortrag ist vor dem Expertenvortrag.

**Jürgen Harich**

# Interview mit den Initiatorinnen von ‘G9-jetzt’

Immer wiederkehrendes Thema in der Presseberichterstattung war im vergangenen Jahr die Frage: Kehrt Baden-Württemberg zum 9-jährigen Gymnasium zurück? Eine Elterninitiative hatte einen Volksantrag mit diesem Ziel gestartet und sammelte eifrig und, wie wir inzwischen wissen, sehr erfolgreich Unterschriften. Auch in unserer Verbandszeitschrift haben wir regelmäßig darüber berichtet. Hier sollen nun die beiden Initiatorinnen **Anja Plesch-Krubner** und **Corinna Fellner** zu Wort kommen. Unser Redaktionsmitglied **Helmut Hauser** hat im Rahmen einer Videokonferenz das folgende Interview mit ihnen geführt.



>> Die Initiatorinnen von ‘G9-jetzt!’ Corinna Fellner und Anja Plesch-Krubner

**HELMUT HAUSER: Herzlichen Glückwunsch zum überragenden Erfolg des von Ihnen initiierten Volksantrags zur Wiedereinführung des 9-jährigen Gymnasiums in Baden-Württemberg und großes Kompliment, dass Sie landesweit ein riesiges Unterstützerteam gewinnen konnten.**
**CORINNA FELLNER und ANJA PLESCH-KRUBNER:** Vielen Dank!

**HAUSER: Das Initiieren des Volksantrags war sicher ein mutiger Schritt auf diesem Weg. Was hat Sie ermutigt, diesen Schritt zu gehen?**
**PLESCH-KRUBNER:** Wir fühlten uns bestärkt durch den Erfolg der vorausgehenden beiden Online-Petitionen. Da diese aber keine formale Konsequenz für die Landesregierung hatten, wählten wir nun das Instrument des Volksantrags, das einen höheren Druck auf die Politik ausüben kann. Bei Erreichen des Quorums müssen die Landesregierung und der Landtag zu unserer Forderung Stellung nehmen.

Um auszuloten, welchen Rückhalt wir für diesen Weg haben, hielten wir zwei Videokonferenzen ab, zu denen wir die Unterzeichner der Online-Petitionen einluden. Daran beteiligten sich spontan insgesamt über 500 Personen.
**FELLNER:** Viele von ihnen zeigten sich engagiert und boten Hilfe an. Natürlich waren Menschen unterschiedlichster Berufsgruppen mit vielfältigen Kenntnissen dabei. Für die Ausformulierung des G9-Gesetzentwurfs, der unserem Volksantrag zugrunde liegt, erhielten wir so beispielsweise juristische Hilfe, auch für unsere Website und die Sozialen Medien wurde uns Unterstützung angeboten. Das Projekt Volksantrag hätten wir niemals nur zu zweit stemmen können.

**HAUSER: Wie haben Sie die Zeit, in der der Volksantrag lief, erlebt?**
**PLESCH-KRUBNER:** In diesem Jahr des Mobilisierens für den Volksantrag gab es Höhen und Tiefen. Nach einigen Monaten machten wir uns Sorgen, das Ziel nicht zu erreichen.
**FELLNER:** Ein gemeinsamer Kraftakt – gerade in den letzten Wochen der Laufzeit – führte zur beeindruckenden Übererfüllung des geforderten Quorums. Das machte uns sehr stolz und zuversichtlich.

Das war auch der Beweis, wie wichtig den Menschen das G9 ist.

**HAUSER: Welches waren die Hauptschwierigkeiten (für das Gelingen) und wie gelang es Ihnen diese zu meistern?**
**FELLNER:** Aus der heutigen Sicht war dies die Tatsache, dass die Ämter zum Teil schlecht oder gar nicht informiert waren. Und auch, von wem sie informiert werden sollten. Ebenso war unklar, wer in den einzelnen Gemeinden Ansprechpartner ist – dies war auch letztendlich in den einzelnen Rathäusern unterschiedlich geregelt.

Vor dem Start der Sammlung gab es viele formale Dinge zu klären, wie etwa die formal richtige Gestaltung des Formblatts, auf dem die Unterschriften zu leisten sind oder die Formulierung des Gesetzentwurfs – wir wollten am Ende nicht ausreichend Unterschriften gesammelt haben, aber das Projekt Volksantrag scheitert an der formalen Zulassung. Zu all diesen Dingen gab und gibt es keine schriftlichen Anleitungen oder digitalen Vorlagen. Ebenso wenig wie für ein möglicherweise notwendig werdendes Volksbegehren.
**PLESCH-KRUBNER:** Unklar war auch ganz am Anfang, wer die verantwortlichen Ansprechpartner in Stuttgart sind. Hier gab es eine richtige ‘Zuständigkeitslücke’ zwischen Innenministerium und Landtag. Der Volksantrag richtete sich an den Landtag, aber an wen im Landtag man sich wenden sollte, war gar nicht so leicht rauszubekommen.

Auch beim praktischen Sammeln und Informieren stießen wir bis zuletzt auf Widerstände. So wurde manch eine Sammelgenehmigung im öffentlichen Raum verwehrt oder selbst das bloße Informieren an den Schulen wurde von Schulbehörden untersagt.

**HAUSER: Hat Ihrer Beobachtung nach bereits das Einbringen des Antrags eine Änderung der Positionierung der Landespolitiker zu diesem Thema ergeben?**
**PLESCH-KRUBNER:** Von Anfang an unterstützte die FDP unser Anliegen. Sie versprach auch, wenn wir das er-

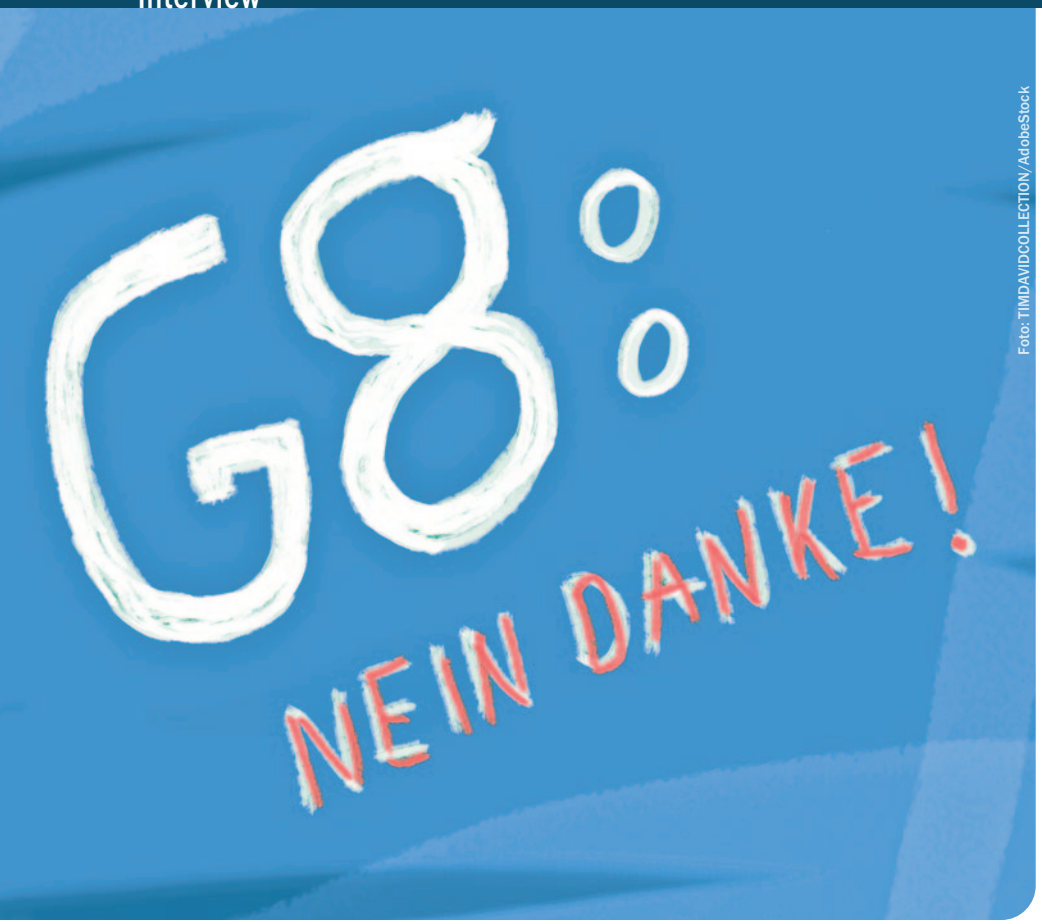



Foto: TIMDAVIDCOLLECTION/AdobeStock

forderliche Quorum verfehlten, selbst unseren Gesetzentwurf ins Parlament einzubringen.

Bei der SPD war deren bildungspolitischer Sprecher Dr. Stefan Fulst-Blei schon immer ein Befürworter des 9-jährigen Gymnasiums. Dies wurde im Lauf der Zeit dann auch die offizielle Position der SPD-Fraktion.

Die CDU zeigte in den letzten Legislaturperioden zwar durchgehend Sympathien für das 9-jährige Gymnasium und favorisierte die Wahlfreiheit, fühlte sich aber an die Koalitionsdisziplin gebunden, und im Koalitionsvertrag war vereinbart, keine Strukturdebatte zu führen.

Die Partei der Grünen betonte immer das Thema der Bildungsgerechtigkeit, die sie nicht unbedingt mit einem mehrgliedrigen Schulsystem gegeben sieht. Sie befürchtet bei einer Rückkehr zum 9-jährigen Gymnasium negative Auswirkung auf die Gemeinschaftsschulen.

Erst nach dem Erfolg des Volksantrags haben die Grünen eingesehen, dass sie um das Thema nicht herumkommen. Übrigens gibt es eine Studie, die nachweist, dass die höhere Lernintensität im G8 schlecht ist für die Chancengerechtigkeit. Darum ist die Haltung der Grünen dem G9 gegenüber eigentlich nicht zu verstehen.

**HAUSER: Wie reagierte die Politik, nachdem sich ein mögliches Erreichen des notwendigen Quorums abzeichnete und welche Rolle spielte die Einsetzung des sogenannten 'Bürgerforums'.**

**PLESCH-KRUBNER:** Möglicherweise erhoffte sich die Landesregierung, ein eindeutiges Votum des Bürgerforums gegen G9, um ihre Position gegen die G9-Forderungen im Volksantrag gestärkt zu wissen.

**FELLNER:** Man kann sicherlich die Legitimation eines Gremiums von 55 Zufallsbürgern kritisch hinterfragen im Vergleich zur Willensbekundung von weit über 100 000 Unterzeichnern des Volksantrags. Die Ankündigung über das Bürgerforum brachte Unsicherheit bei der Bevölkerung mit sich – nicht wenige Unterstützer gratulierten uns bereits zum Erfolg, glaubten das G9 in Sicherheit – und nahm uns ein wenig den Wind aus den Segeln.

**HAUSER: Inzwischen gibt es Anzeichen, dass die Regierung tatsächlich eine Rückkehr zu G9 zumindest ab dem Schuljahr 2025/2026 plant. Haben Sie den Eindruck, dass damit das Ziel der Initiative erreicht ist?**

**FELLNER:** Mit dem großartigen Ergebnis von über 100 000 Unterschriften hat niemand gerechnet. Wenn inzwischen die Landesregierung tatsächlich eine Rückkehr zu flächendeckendem G9 plant, ist dies nur durch die deutliche Übererfüllung des Quorums möglich geworden.

**PLESCH-KRUBNER:** Davon zu sprechen, heißt noch lange nicht, dass das G9 tatsächlich zeitnah umgesetzt wird. Solange nichts Konkretes beschlossen ist, dürfen wir nicht lockerlassen.

**HAUSER: Sehen Sie nach dem derzeitigen Stand noch die Notwendigkeit, den nächsten Schritt, nämlich ein 'Volksbegehren' einzuleiten?**

**FELLNER:** Es kommt darauf an, welches G9-Konzept angeboten wird, falls unser Gesetzentwurf abgelehnt wird. Das muss nach einem möglichen Beschluss abgewogen werden. Nur ein Konzept, das sehr nahe an unsere Forderungen im Gesetzentwurf herankommt, könnte die Bürger davon abhalten, erneut Unterschriften für ein Volksbegehren zu sammeln.

**PLESCH-KRUBNER:** Entscheidend wird sein, welche Jahrgänge mitgenommen werden. Auch laufende Jahrgänge müssen auf alle Fälle profitieren. Sehr vielen Unterzeichnern ist genau dieser Punkt sehr wichtig.

**HAUSER: Möglicherweise wäre der heutige Bildungsgipfel ohne Ihre Initiative nicht zustande gekommen. Wie schätzen Sie die Ergebnisse dieses Bildungsgipfels ein?**

**PLESCH-KRUBNER:** Leider diente das erste Treffen wohl lediglich dem allgemeinen Sammeln der Themen – und das sind einige, sozusagen ein Wunschkonzert von Politikern und Lobbyisten. Damit ist man nicht wirklich weit gekommen und es wurde bezüglich eines möglichen G9-Konzeptes auch nicht inhaltlich konkret.

In Stuttgart bemüht man sich, alle Fraktionen und viele Verbände ins Boot zu holen – wir fordern aber, dass unsere Repräsentanten das Wohl und die Bildung unserer Kinder in den Fokus nehmen.

**FELLNER:** Ehrlich gesagt, ist es sehr enttäuschend, dass erst jetzt die Themen gesammelt werden. Der Volksantrag lief zwölf Monate und liegt seit Oktober 2023 dem Landtag vor. An den Schulen brennt es (Corona-Jahrgänge!) aber die Politik spielt auf Zeit – welches Bild wird hierdurch vermittelt?

Um Ostern möchte man sich wieder zusammensetzen – die Frist zur Abstimmung über den Gesetzentwurf des Volksantrags im Landtag ist Mitte April. Wir haben ein Anhörungsrecht VOR der Beschlussfassung – leider gab es bisher hierzu keine Einladung.

**HAUSER: Was möchten Sie abschließend unseren Leserinnen und Lesern noch mitteilen?**

**FELLNER:** Wir möchten uns auf alle Fälle auch auf diesem Weg bei allen unseren großartigen Unterstützern bedanken. Ohne sie wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen.

**PLESCH-KRUBNER:** Zudem bedanken wir uns bei allen Schulleitungen, die uns unterstützt haben. Es war erstmals an den Gymnasien zu spüren, dass bei diesem Thema alle am Schulleben Beteiligten an einem Strang ziehen. Der Politik ist es diesmal nicht gelungen, die verschiedenen Gruppen gegeneinander auszuspielen.

**FELLNER:** Wir bitten alle, die dies lesen, eng am Thema dranzubleiben und die Entwicklung mitzuverfolgen. Sollte es tatsächlich notwendig sein, den Schritt eines Volksbegehrens zu beschreiten, wird es wegen der Fristen notwendig sein, enorm schnell zu handeln und es bedarf vieler helfender Hände. Informationen findet man auf unserer Webseite unter https://g9-jetzt-bw.de.

**HAUSER: Vielen Dank Ihnen beiden für dieses Interview.**

Anmerkung der Redaktion: Dieses Interview wurde im Hinblick auf den Redaktionsschluss am 28. Februar 2024 geführt. Danach stattgefundene Entwicklungen konnten daher im Interview noch nicht reflektiert werden.

Das Bürgerforum zur Dauer des allgemeinbildenden Gymnasiums

# Was ist das Bürgerforum?

Das Bürgerforum wurde von der Landesregierung am 20. September 2023 eingesetzt, nachdem erkennbar war, dass der Volksantrag der Elterninitiative ‘G9 Jetzt! BW’ großen Zuspruch erhielt und absehbar war, dass das notwenige Quorum, als dessen Folge sich der Landtag und die Landesregierung damit befassen müssen, erreicht werden könnte.

Foto: elaborah/ AdobeStock

## Wie setzte sich das Bürgerforum zusammen?

Das Bürgerforum bestand aus 55 durch Los bestimmten Bürgerinnen und Bürgern aus Baden-Württemberg.

## Wie arbeitete das Bürgerforum?

Nach einer Auftaktsitzung am 30. September 2023 und einer Schlusssitzung am 2. Dezember 2023 jeweils in Stuttgart fanden dazwischen vier digitale Sitzungen statt. In den online-Sitzungen gaben siebzehn Fachpersonen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und schulischen Verbänden (unter anderem auch der Philologenverband) ihre Einschätzung ab und konnten befragt werden. Ebenso wurden dreizehn betroffene Lehrkräfte, Elternvertretende sowie Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Schularten angehört.

Die Ergebnisse des Bürgerforums wurden in einem 50-seitigen Schlussbericht mit 48 Empfehlungen zur Dauer des allgemeinbildenden Gymnasiums sowie zur Weiterentwicklung des Gymnasiums und des gesamten Schulsystems festgehalten.

## Was empfiehlt das Bürgerforum zur Dauer des allgemeinbildenden Gymnasiums?

49 von 55 Zufallsbürgerinnen und -bürgern sprechen sich für ein neues G9 als Regelfall an allgemeinbildenden Gymnasien mit G8 Schnellläuferzügen an großen Gymnasien oder Gymnasien mit spezieller Profilbildung aus.

## Wodurch unterscheidet sich das Votum des Bürgerforums von der Forderung des Volksantrags?

Das Bürgerforum empfiehlt eine **gestaffelte Einführung ab Klasse 5** von unten nach oben, während der Gesetzesentwurf der Elterninitiative vorsieht, dass Schülerinnen und Schüler der Klassen 6 bis 10 bereits ab dem kommenden Schuljahr zwischen dem bisherigen achtjährigen und dem neuen neunjährigen Bildungsgang wählen können.

## Welche weiteren Empfehlungen spricht das Bürgerforum aus?

- Unter anderem wird empfohlen den gestaffelten Umbau zu G9 zum **Aufbau von personellen Ressourcen** zu nutzen und die **Ausbildung, Flexibilisierung von Arbeit und Weiterbeschäftigung** von Lehrkräften finanziell möglich zu machen.
- Alle 55 Mitglieder des Bürgerforums halten es für wichtig, dass **mehr Zeit zum Lernen, Üben und Vertiefen des Unterrichtsstoffs** zur Verfügung steht,
- 49 von 55 halten fest, dass **die Umstellung auf ein neues G9** ein großer finanzieller Aufwand ist, dass aber keine Expertinnen und

Experten ausgesagt haben, es wäre unmöglich.

- Ohne Gegenstimmen kommt das Bürgerforum zu dem Schluss, dass die Investitionen in die Bildung einen **hohen gesellschaftlichen Wert** darstellen. Es empfiehlt daher eine **Umstrukturierung des Haushalts** zugunsten der Bildung der Kinder.

## Wie hat die Regierung auf die Empfehlungen des Bürgerforums reagiert?

**Die Regierung** hat folgendes offizielle Statement abgegeben: *»Die Regierungskoalition **nimmt zur Kenntnis,** dass das Bürgerforum empfiehlt, als Regelform ein zeitgemäßes, neunjähriges allgemeinbildendes Gymnasium einzuführen. Die Landesregierung ist offen für ein neues G9, das den Anforderungen unserer Zeit gerecht wird, **und startet einen Prozess** zur Erarbeitung eines solchen neuen G8/G9-Modells. In diesem Prozess werden unter anderem die möglichen Auswirkungen auf die anderen weiterführenden Schularten inklusive der beruflichen Gymnasien und das schulische Gesamtsystem berücksichtigt.«*

Ähnlich unverbindlich waren die Stellungnahmen verschiedener Spitzenpolitiker der Regierungskoalition: **Ministerpräsident Winfried Kretschmann** betonte, dass er *»die Verantwortung für alle Schularten … in unserem Land«* trage.

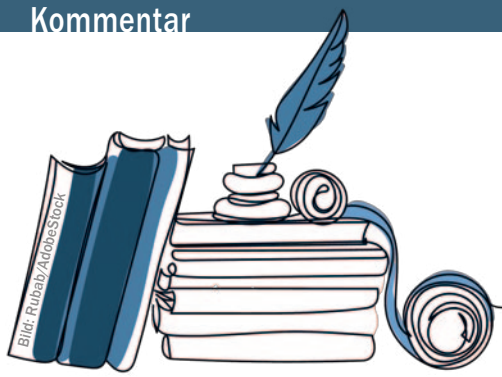
Vizeministerpräsident Thomas Strobl betonte, dass *»der Schwerpunkt klar die Grundschule und die frühkindliche Bildung«* sei.

CDU-Fraktionsvorsitzender Manuel Hagel betonte: *»Das Bürgerforum hat klug entschieden, nicht nur die Frage nach G8 oder G9, sondern Perspektiven für unser Bildungssystem insgesamt in den Blick zu nehmen.«*

Andreas Schwarz, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN äußerte: *»Wir Grünen sind bereit für eine Modernisierung des Schulsystems.« Seiner Meinung nach habe »die Stärkung der frühkindlichen Bildung und der Grundschulen allerhöchste Priorität«*

**Helmut Hauser**






**Zur Debatte um G9:**

# Den Bürgerwillen schnell umsetzen

Als pensionierter Gymnasiallehrer habe ich nicht nur die Diskussion um die Zukunft des Gymnasiums in Baden-Württemberg aufmerksam verfolgt, sondern auch mit kleinen Beiträgen die Elterninitiative ‘G9 jetzt!’ bei ihrer Unterschriftensammlung unterstützt. Bekanntlich haben die Eltern mit sagenhaften 106 950 beglaubigten Unterschriften mehr als eindrucksvoll gezeigt, was die Menschen in Baden-Württemberg in dieser Frage erwarten.

Nun hat auch das von der Regierung eingesetzte Bürgerforum seine Empfehlung veröffentlicht: 49 der 55 ausgewählten Bürger sprechen sich für ein neues neunjähriges Gymnasium als Regelfall aus. Eindrucksvoller können Bürgerinnen und Bürger ihren Willen nicht kundtun!

Nun ist es an der Zeit, den Bürgerwillen umzusetzen, und zwar jetzt! Erschreckend die Reaktionen der Koalitionsparteien, die sich in ihren Stellungnahmen damit begnügen, zu versichern, dass sie ein neues G9-Modell erarbeiten werden. Die Befürchtung liegt nahe, dass die Koalitionäre das Thema auf die lange Bank schieben wollen. Die CDU, deren namhafte Vertreter zwischenzeitlich in den Chor der G9-Befürworter eingestimmt haben, ist nun gefordert. Es läge nun an ihr, Gespräche sowohl mit der Elterninitiative als auch mit dem Koalitionspartner zu führen, um einen Kompromiss zu finden, der noch in diesem Frühjahr umgesetzt werden kann. Verweigert sich die CDU, verliert sie ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie sich zwar verbal für G9 ausspricht, sich aber einer Umsetzung verweigert. Ob es klug ist, vor dem Hintergrund der anstehenden Europa- und Kommunalwahlen mit der Glaubwürdigkeit der Partei zu spielen, muss die CDU selbst ermessen. Im Sinne der betroffenen Schülerinnen und Schüler wäre es jedoch zu wünschen, dass man eine Lösung finden kann, mit der diese ab dem kommenden Schuljahr überall im Land einen G9-Zug wählen können. Durch die bestehenden G9-Gymnasien gibt es die Lehrpläne und Organisationsstrukturen.

**Helmut Hauser, Karlsruhe**

Anmerkung der Redaktion: Dieser Beitrag wurde in den ‘Badische Neueste Nachrichten’ am 30. Dezember 2023 als Leserbrief veröffentlicht.

Philologenverband Baden-Württemberg legt Konzept zu G9 vor

# InNOVAtionsgymnasium G9

**Claudia Grimm**
ist Referentin für Gleichstellung, Gleichberechtigung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Initiatorin der DenkSCHULE

Unter dem Leitmotiv ‘DenkSCHULE’ haben wir im Sommer 2023 Kolleginnen und Kollegen dazu aufgerufen, uns zu schreiben. Was muss sich an und in unserer Schulart Gymnasium ändern? Offensichtlich haben wir mit dieser Frage genau das formuliert, was viele Kolleginnen und Kollegen beschäftigt und berührt. Für die zahlreichen Zuschriften möchten wir uns an dieser Stelle noch einmal herzlich bedanken! Ausgehend von diesen Denkanstößen haben wir begonnen, an verschiedenen Orten und in unterschiedlichen Formaten eine Konzeption für ein zukunftsfähiges Gymnasium zu erstellen. Die Arbeit in unserem neuen Format DenkSCHULE wurde und wird von vielen Kolleginnen und Kollegen wahr- und aufgenommen. Besonders erfreulich ist es, auch neue Mitdenkende mit dieser Form des Think Tanks gewinnen zu können. Engagement hat bei uns immer mehr Gesichter!

Die ersten Arbeitsergebnisse der DenkSCHULE können unserem Konzept für eine sinnvolle Umsetzung eines G9-Gymnasiums entnommen werden. Unser In**NOVA**tionsgymnasium G9 gibt die Richtung vor, in die wir gern das Gymnasium weiterentwickeln würden. Spezifische Ausgestaltungen bezogen auf Fächer oder Fachgebiete werden gerade bei verschiedenen *DenkSCHULE meets…*-Veranstaltungen diskutiert. Wir möchten Sie einladen, uns mit Ihren Überlegungen zu unterstützen. Nur das, was wir gemeinsam formuliert haben, können wir sinnvoll an Politik und Verwaltung weiterreichen.

In NOVA tionsgymnasium G9

Gymnasium **NEU** denken – unter dem Stichwort "In**NOVA**tions-Gymnasium G9" wollen wir das Gymnasium fit machen für die komplexen Herausforderungen der Zukunft.

Unsere Mission ist vielschichtig, aber vor allem geht es uns darum, **Qualität in der gymnasialen Bildung** nachhaltig sicherzustellen!

Wir fordern deshalb **bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen** für die gymnasialen Lehrkräfte sowie **Fokussierung auf Unterricht** als Herzstück schulischer Qualifikation.

Heranwachsende für ihren Lebensweg gut aufzustellen braucht aus unserer Sicht Fachlichkeit in einem ausgeglichenen Fächerkanon, Wissenschaftsorientierung, gezielte Digitalisierung, interkulturelle, historische und politische Bildung. Außerunterrichtliche Angebote und eine gute Klassengemeinschaft sollen soziale Fähigkeiten entwickeln helfen. Auch dafür müssen gewonnene Freiräume in G9 Möglichkeiten bieten.

Statt "Gymnasium für alle" betonen wir als PhV BW das **Leistungsprinzip am Gymnasium**. Wir wollen die **individuelle Entwicklung** unserer Kinder und Jugendlichen fördern und somit auch für **Bildungsgerechtigkeit** sorgen. Schülerinnen und Schüler müssen eine klare Rückmeldung erhalten. So können Engagement und Erfolg in der „Lern-Zone" erreicht werden.

Unsere Konzeption für ein zukunftsfähiges Gymnasium G9 formulieren wir als konkrete Ansagen an Politik und Kultusverwaltung – mit Durchsetzungsvermögen, Leidenschaft und dem Gewicht der führenden Interessenvertretung gymnasialer Lehrerinnen und Lehrer.

Mehr Informationen zum In**NOVA**tionsgymnasium G9 finden Sie auf unserer Internetseite unter **https://www.phv-bw.de/phv-g9-konzept**.

NOVA
Neun Jahre für mehr Freiheit, Lernzeit und Engagement

NOVA
Orientierung: Wege und Werte in einer demokratischen Gesellschaft

NOVA
Verknüpftes Wissen für Allgemeinbildung und echte Studierfähigkeit

Denk SCHULE

NOVA
Außerunterrichtliche Angebote und Räume für Kreativität

1 >> Die Teilnehmer an der DenkSCHULE am 27. Januar 2024

2 >> DenkSCHULE trifft den Bildungspolitischen Arbeitskreis des PhV BW

3 >> Die Teilnehmer an der DenkSCHULE in Schwäbisch Gmünd am 23. November 2023

Konzept des Philologenverbandes Baden-Württemberg für ein InNOVAtionsgymnasium G9

# Mit der Einführung eines novellierten neunjährigen Gymnasiums ...

**... verbinden Eltern die Hoffnung, ihren Kindern wieder mehr Kindheit und Freiräume für Persönlichkeitsentwicklung zu geben,**

**... erhofft sich die Wirtschaft Schulabgänger mit Motivation und Innovationskraft,**

**... wünschen sich Lehrkräfte einerseits einen Fokus auf Unterricht, andererseits ein vielfältiges Schulleben mit Angeboten, die den Herausforderungen von Schule in unserer Zeit gewachsen sind.**

**Zentral bleiben unsere Schülerinnen und Schüler, die ein Recht auf Bildung haben, auf Förderung entsprechend ihren Fähigkeiten und Talenten sowie auf vielfältige Angebote zur Entwicklung von Orientierungskompetenzen, um das eigene Leben meistern zu können. Sie haben ein Anrecht auf Begleitung beim Erwachsenwerden.**

**Ein inNOVAtives G9 ist weit mehr als eine Stundentafel, die auf neun Schuljahre angepasst wird. In einer Zeit, in der sich Bildung neu ausrichten muss an technischen Möglichkeiten der KI und Digitalisierung sowie an veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, ist es unabdingbar, die Schulart Gymnasium weiterzuentwickeln.**

## Neun Jahre für mehr Freiheit, Lernzeit und Engagement

Vor allem in der Mittelstufe ist das bisherige G8 mit zu vielen Wochenstunden hinderlich, um nachhaltiges Lernen zu realisieren. Darin hat auch die Wahrnehmung, im Gymnasium wäre *Bulimielernen* Prinzip, ihren Ursprung. Die Stoff- und Stundendichte ist nicht von Lehrkräften intendiert und braucht eine **strukturelle Korrektur**. Die Wochenstundenzahl muss reduziert werden, damit Zeit zum vertieften Verständnis gewonnen wird. Zudem verträgt sich die Hochphase der Pubertät nicht mit Arbeitszeiten, die für Erwachsene schon kaum zu bewältigen wären.

Professioneller **Fachunterricht** muss in allen Schuljahren das **Herzstück gymnasialer Bildung** sein. Dies bedeutet, in der Unterstufe zunächst einen Fokus auf die Hauptfächer zu legen. Aber auch methodische Fähigkeiten wie ‘Lernen lernen’ schaffen eine wichtige Grundlage für folgende Jahre und einen breiten Fächerkanon.

**Klassenlehrerstunden** für soziales Lernen, Persönlichkeitsentwicklung und eben ‘Lernen lernen’ helfen, von Anfang an eine angstfreie Atmosphäre zu etablieren, in der Lernen für alle möglich ist.

Ein Zurück zu einem reinen Halbtagsgymnasium wird nicht angestrebt, da Kinder und Jugendliche neben dem Fachunterricht weitere Angebote benötigen, damit unterschiedliche Elternhäuser und Fördermöglichkeiten privater Natur sich weniger bemerkbar machen. Bildungsgerechtigkeit braucht Bildung.

**Multiprofessionelle Teams** vor Ort sollten die Lehrkräfte und den Fachunterricht ergänzen. Neben Sozialarbeiterinnen und Schulpsychologen (an jedem Gymnasium), technischen Fachkräften und Verwaltungsassistenten sollten auch pädagogische Assistenten etabliert werden. Beispielsweise könnten Studierende nach ihrem Schulpraktikum in Form eines Minijobs Lernzeiten zur Förderung in Kleingruppen (Lese- und Schreibförderung, Deutsch als Fremdsprache etc.) anbieten. Auch könnten Strukturen des ‘Rückenwinds’ verstetigt werden. Zudem sollten die zeitlichen Freiräume für Wettbewerbe und Begabtenförderung genutzt werden.

In Klasse fünf und sechs ist weiterhin ein **Angebot durch Betreuungskräfte** sicherzustellen, damit Eltern verlässlich erwerbstätig sein können. Kinder- und Jugendschutz vor medialer Sucht sollten hier mitgedacht werden. Freiheit zur Entfaltung braucht bei vielen Ablenkungskanälen auch **Anleitung zur Freiheit**.

Daher sollte ein **adaptiver Ganztag** auch Musikschulen, Sportvereine, Feuerwehr und andere Akteure der Zivilgesellschaft stärker in die Schulen holen. Ein Instrument zu erlernen oder eine Sportart nach eigenem Interesse wäre im Kontext von Schule auch für bildungsfernere Elternhäuser ein niederschwelliges Angebot. Bei der Finanzierung wäre eine Mischung aus Fördermitteln, Bildungspaket, Fördervereinen der Schulen und Eigenanteil denkbar.

Damit kann auch eine bessere Verzahnung mit zivilgesellschaftlichem Engagement ermöglicht werden. Wer weiß, was es gibt, findet eher Anschluss an Vereine und Gemeinschaftliches.

Innerhalb der Schule schaffen größere zeitliche Freiräume bessere Zugänge zu SMV, Jugendbegleiter-Programmen, Schülerbüchereien und Arbeitsgemeinschaften. Schülerinnen und Schüler können leichter das Schulleben mitgestalten, sich als aktiven Teil einer Gemeinschaft erleben und Lebenskompetenzen erwerben.

Bild: Fokussiert/AdobeStock

## Orientierung: Wege und Werte in einer demokratischen Gesellschaft

Mit einer direktdemokratischeren Ausrichtung der Landesverfassung sowie der Absenkung des aktiven Wahlalters auf sechzehn Jahre haben Schulen eine noch größere Verantwortung, Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu erziehen. Wie kann das gelingen?

Schülerinnen und Schüler haben aktuell in der Mittelstufe des Gymnasiums insgesamt nur vier Wochenstunden Gemeinschaftskunde. Dort sollen neben dem politischen System Deutschlands (Kommunen, Land, Bund), die EU, Recht und Rechtsordnung der BRD, Soziologie und Internationale Beziehungen sowie das ganze Paket an Kompetenzen unterrichtet werden.

Wahlrecht ab 16 bedeutet theoretisch, dass sich die Schülerinnen und Schüler bei ihrer ersten Wahl irgendwo zwischen Klasse 9 und 11 befinden. Je nachdem, wie die einstündigen Jahre an den Schulen umgesetzt werden, kann es sein, dass bestimmte Klassen(stufen) während eines Wahlkampfes oder einer Wahl gar keinen Gemeinschaftskundeunterricht haben. Das muss sich ändern!

Die fachlichen Rahmenbedingungen treffen auf einen sich verändernden Kontext und Content:

*Bubbles ohne Besinnung*

Selbst wenn man in früheren Jahrzehnten Triviales konsumieren wollte, streifte man doch mehr oder minder zwangsläufig Nachrichten. Das Autoradio lief, Informationen inklusive. Die Lieblingsserie wollte man nicht verpassen, also schaltete man schon zu den Nachrichten ein.

In einer streamenden Gesellschaft hat sich dies grundlegend verändert. **Politische Informationen und Bildung finden in vielen Leben keinen Einzug mehr.** Nicht nur Jugendliche finden sich heute häufig in digitalen Räumen ('Bubbles') wieder, die als Echo verstärken, was zuvor geklickt wurde. Gleichzeitig schwinden die Gelegenheiten in Familien, gemeinsam Reportagen oder Nachrichten zu schauen und sich danach darüber auszutauschen. Medienkonsum ist heute nicht mehr Lagerfeuer – wie vormals das Fernsehen, um das sich der Haushalt scharte – sondern häufig eine einsame Angelegenheit.

*Komplexität ohne Kontext*

Gleichzeitig werden brennende gesellschaftliche, wirtschaftliche sowie innen- und außenpolitische Fragen komplexer. Das Verständnis setzt Hintergrundwissen voraus und nimmt nur den mit, der den Kontext kennt. Wer nicht versteht, fühlt sich nicht verstanden. Selbst die eigenen Interessen zu erkennen, bleibt eine teilweise kaum zu lösende Herausforderung.

*Demokratie ohne Diskurs*

Demokratie ist Teilhabe. Wer aber keine Sprache hat für das, was einen bewegt; wer keine Kategorien hat zur Bewertung von Geschehnissen; wer keine Strategien kennt, um Problemlösung voranzutreiben, fühlt sich ausgeschlossen. Wie soll dann ein gesellschaftlicher Diskurs möglich sein?

*Politische und historische Bildung stärken*

**Eine pluralistische Gesellschaft braucht politisch und historisch gebildete Bürgerinnen und Bürger.** Die viel beschworene Mündigkeit ist die Voraussetzung für die Machbarkeit einer Demokratie, die Wettbewerb um Lösungen und Personal will, aber auch den Konsens braucht, dass jede Person ihre Interessen haben und vertreten darf, dass andere Meinungen kein Angriff auf die eigene sind, dass Lösungen oft nicht perfekt, aber Kompromisse besser als Eskalation sind.

Dies alles muss sich eine Gesellschaft immer und immer wieder erarbeiten. Dazu braucht es Schulen, die in die Lage versetzt werden, die Grundlagen dafür zu schaffen. Deshalb möchte der Philologenverband Baden-Württemberg insbesondere in einem InNOVAtionsgymnasium G9 die **gesellschaftswissenschaftlichen Fächer stärken**. Neben der Stundentafel (die auch ein Fach **Informatik** vorsieht) sind auch Fragen der **Unterrichtskultur** zu bearbeiten. **Orientierungskompetenzen**, die helfen, das eigene Leben gesund und souverän anzupacken, sind hier mitzudenken.

## Verknüpftes Wissen – Allgemeinbildung und echte Studierfähigkeit

Ziel des Gymnasiums ist es, durch eine breit angelegte Bildung junge Erwachsene für ganz unterschiedliche Lebenswege fit zu machen. Dabei ist die Studierfähigkeit einerseits wörtlich zu nehmen, im Sinne einer fachlichen und methodischen Qualifikation als notweniger Voraussetzung für eine spezialisierte akademische Ausbildung, andererseits aber auch, etwas weiter gefasst, als lebenslange Basis für vielfältige berufliche und gesellschaftliche Herausforderungen.

*Bildungspläne und Leistungsdefinition*

Aktuelle Bildungspläne haben teilweise leider aus dem Blick verloren, was dazu notwendig ist. Zentral muss ein **curricularer Aufbau** sein, der das **Wiederholen und Vertiefen hinreichend**

**berücksichtigt**. Kognitive Verknüpfung kann durch sinnvolle Bildungspläne erleichtert werden. Ein Nebeneinander von Themen sollte, wann immer möglich, durch ein vernetzendes Prinzip ersetzt werden.

Alle Bildungspläne müssen auf ein neunjähriges Gymnasium angepasst werden. Das bedeutet weit mehr als ein Dehnen und neu Zuordnen auf Klassenstufen. Auch wenn ein Jahr mehr Zeit ist für Lernen und Entwickeln, sollte die Gelegenheit für neue und zwischen den Fächern verknüpfte Bildungspläne nicht verpasst werden. (Neue Bildungspläne sind ja wegen der neuen Abiturformate ab 2030 ohnehin notwendig!)

Aktuell sind sowohl Unterforderung als auch Überforderung und Überfrachtung in Bildungsplänen angelegt. Die neuen Bildungspläne sollten von Anfang an auf die Perspektive des Abiturs ausgerichtet sein und die künftigen Prüfungsformate berücksichtigen: Welche Inhalte und Fähigkeiten sind basal für Weiteres? Welche Prüfungsformate sollen (auch angesichts der Digitalisierung) bleiben?

*Verbindlichere Grundschulempfehlung und Durchlässigkeit zwischen Schularten*

G9 sollte bei den Beteiligten nicht zu Missverständnissen führen. **Niveau und Leistungsanspruch sind und bleiben Wesensmerkmal des Gymnasiums.** Der PhV begrüßt die Empfehlung des G8/G9-Bürgerforums zu einer '2 zu 1-Lösung' beim Grundschulübergang: Bei Elternwille, Grundschulempfehlung und Test für alle Viertklässler entscheiden zwei von drei. Außerdem sollte die Durchlässigkeit zwischen den Schularten, **insbesondere auch von der Realschule zum Gymnasium**, wiederbelebt werden. Schülerinnen und Schüler sind in der Entwicklung, daher brauchen wir ein atmendes System.

*Lernstandserhebungen und Leistungsmessungen müssen insgesamt mitgedacht werden*

Die Einführung der GFS hat die Fähigkeiten zu präsentieren deutlich verbessert. Jetzt ist es aber möglich, von einer KI ein präsentables Ergebnis erstellen zu lassen. Welche Konsequenzen ziehen wir daraus? Schülerinnen und Schüler müssen weiterhin recherchieren, priorisieren und präsentieren lernen. Wie setzen wir das unter den sich verändernden Bedingungen um? Mündliche Prüfungsformate in Verbindung mit der GFS werden an Bedeutung gewinnen, zum Beispiel das Kolloquium.

Lernstandserhebungen – auch vor der Unterrichtseinheit – können helfen, das Unterrichten zielgruppengerecht und binnendifferenziert zu planen. Hier wären einfach handhabbare Formate vom ZSL ein echter Mehrwert. Ausgedruckte Fragebögen, deren Antworten wieder digitalisiert werden müssen, sind offensichtlich nicht mehr zeitgemäß!

*Projekte und außerschulische Lernorte*

Vernetztes Denken lässt sich besonders gut in Form von Projekten umsetzen. Dazu gab es in der Vergangenheit vielfältige Anläufe: Fächerübergreifendes oder fächerverbindendes Lernen, integrative Module etc. Leider wurde nie an eine **strukturelle Umsetzung** dieser Didaktik gedacht. Alle Ansätze scheiterten an fehlenden Rahmenbedingungen und nicht an fehlender Einsicht von Lehrkräften. Projektarbeit braucht einen Umsetzungsplan, zum Beispiel **Zeitfenster im Schuljahr**, in denen die Stundenpläne der Schule ausgesetzt werden können. Dies würde ermöglichen, Themen wie Migration nicht auf Fächer und Schuljahre verteilt, sondern fachlich, multiperspektivisch und verknüpft zu unterrichten.

In solche Zeitfenster könnten auch Lerngänge zur Stadtverwaltung, Museumsbesuche, Sporttage für Klassenstufen, also Lernen vor Ort und außerhalb der Schule, integriert werden. Hiermit würden die bislang falschen Statistiken zum Unterrichtsausfall korrigiert, aber auch tatsächlicher **Unterrichtsausfall systemisch verhindert** werden. Gerade weil unsere Schülerinnen und Schüler auch aus Elternhäusern kommen, die bildungsferner sind als früher, reicht es nicht, Museen kostenlos zugänglich zu machen. Man muss auch zeigen, welche Vielfalt an Kultur allen offensteht.

## Außerunterrichtliche Angebote und Räume für Kreativität

Arbeitsgemeinschaften erweitern Lebenswelten und schaffen neue soziale Zusammenhänge. Klassenstufenübergreifend werden Schulsanitäterinnen, Schauspieler, Sportlerinnen, Musiker qualifiziert und Talente entdeckt sowie gefördert. Innovatives Denken kann in aktives Handeln münden. Engagement trifft auf **Anerkennung**. Persönlichkeiten entwickeln sich und dürfen Verantwortung übernehmen.

Durch die engen Zeitfenster des G8 konkurrieren AGs aktuell um die geringe außenunterrichtliche Zeit der Schülerinnen und Schüler. Diese müssen sich entscheiden, auch wenn sie gern mehrere Angebote nutzen würden. Gerade Heranwachsende, die von zu Hause weniger ermöglicht bekommen, freuen sich über Arbeitsgemeinschaften und Zeiten an der Schule, die nicht der Unterrichtslogik folgen müssen. AGs sind zudem ein wichtiger Bestandteil der **Rhythmisierung** der schulischen Präsenz.

Schulleben ist weit mehr als Unterricht. AGs bereichern, laden Eltern zum Besuch der Schule sowie attraktiver Veranstaltungen ein und schaffen so Gelegenheiten für Austausch. Schule ist nicht nur **Bildungsort** für Kinder und Jugendliche, sondern auch ein **Begegnungsort** innerhalb einer Gemeinde oder eines Quartiers.

Die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg braucht ein Gymnasium, das viele Anforderungen zugleich erfüllen kann. **G9 ist ein zentraler Baustein. Wichtig ist aber auch eine gute Umsetzung: Bildungsgerechtigkeit braucht Ressourcen, ist aber zugleich selbst Ressource.** Das sollte auch bei der Aufstellung des Staatshaushalts berücksichtigt werden. – Übrigens auch eine Empfehlung des G8/G9-Bürgerforums.

**PhV BW**

**Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR**

Jörg Sobora, Vorsitzender | Andrea Pilz, Vorstandsmitglied | Ralf Scholl | Ursula Kampf, stellvertr. Vorsitzende | Anne-Elise Kiehn | Martin Brenner

Anne Käßbohrer | Cord Santelmann | Christian Unger | Björn Sieper | Stefanie Wölz | Konrad Oberdörfer

**Für Sie im HPR außerschulischer Bereich**

Michael Belz

Der PhV im HPR und HPR asB

phv BW Philologenverband Baden-Württemberg

# Digitale Distribution von Abituraufgaben 2023/24 und 2024/2025

Der HPR Gymnasien hatte ein erfolgreiches Beschlussverfahren angestrengt, bei dem ihm ein Beteiligungsrecht bei der Umstellung der Distribution der Abituraufgaben von Papierzustellung per Kurierdienst auf digitale Distribution zugesprochen wurde. Daraufhin konnte der HPR Gymnasien mit dem Kultusministerium eine Dienstvereinbarung aushandeln, die nun besagt, dass die Aufgaben, die digital distribuiert werden, bereits am Vortag der Prüfung ab 15:30 Uhr entschlüsselt, ausgedruckt und kopiert werden können, wenn sie sicher verwahrt werden können. Dies stellt eine wesentliche Erleichterung für die Schulen dar, die

bisher die Aufgaben erst am Prüfungsmorgen entschlüsseln, kopieren und ordnen konnten. Auch in Fächern, in denen die Lehrkräfte eine Aufgabenauswahl treffen müssen (zum Beispiel in Mathematik), sollen den Lehrkräften zum Zeitpunkt der frühestmöglichen Einsichtnahme in die Aufgaben am Prüfungsmorgen (frühestens 120 Minuten vor Beginn der Prüfungen) alle Aufgaben bereits fertig kopiert übergeben werden.

# Versetzungen

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses sind die Gespräche zu den Versetzungen zwischen den Personalvertretungen (BPR, HPR) und den Personalreferentinnen und Personalreferenten der Regierungspräsidien und des Kultusministeriums in vollem Gange. Dabei versuchen die Personalvertretungen, Anträge zu unterstützen und Versetzungen zu erreichen. Leider klappt es nicht immer, Versetzungen zu ermöglichen. Grundsätzlich gilt aber, dass Lehrkräfte, die eine Versetzung bezirksübergreifend erreichen möchten, sich an beide Bezirkspersonalräte wenden sollten. Der Bezirkspersonalrat des abgebenden Bezirks kann bei der Freigabe behilflich sein, der Bezirkspersonalrat des aufnehmenden Bezirks kann bei der Suche nach einer geeigneten Schule behilflich sein. Nach den Verhandlungen zwischen den BPRen mit dem jeweiligen RP setzt sich dann der HPR gegenüber dem Kultusministerium noch einmal gesondert für besonders dringende Härtefälle ein.

Bilder (2x): AdobeStock

# Zentrale Erhebung im Rahmen des Schuldatenblattes bzw. der Ziel- und Leistungsvereinbarungen

Der HPR Gymnasien hatte zahlreiche Rückmeldungen von Lehrkräften bekommen, die in der Pilotphase an den zentralen Erhebungen im Fach Deutsch teilgenommen hatten. Die Schülerinnen und Schüler mussten einen Fragekatalog zum schulischen Wohlbefinden, zum Unterricht und zur Person der Lehrkraft ausfüllen. Nach der Auswertung fühlten sich die Lehrkräfte in ihrer Person und ihrem Unterricht bewertet und abqualifiziert. Daraufhin hat der HPR Gymnasien eine lange Stellungnahme an das IBBW, das für die Befragung verantwortlich ist, verfasst und viele der Fragen als Überforderung der Schüler und wenig hilfreich für die Qualitäts- und Unterrichts- bzw. Schulentwicklung bezeichnet. Das IBBW hat daraufhin die Wissenschaftlichkeit und Sinnhaftigkeit der zentralen Erhebung betont und deutlich gemacht.

Bilder [2x]: AdobeStock

## Schulkonto für die Abwicklung von außerunterrichtlichen Veranstaltungen

Der HPR Gymnasien hat das Kultusministerium gebeten, eine Lösung für die Abwicklung von außerunterrichtlichen Veranstaltungen (wie zum Beispiel Schullandheimfahrten, Studienfahrten, Klassenfahrten, Schüleraustausche, Exkursionen etc.) zu finden. Momentan und schon seit Jahren wickeln die organisierenden Lehrkräfte die damit verbundenen Kosten über ein von ihnen eingerichtetes Treuhandkonto ab. In der Regel laufen diese Treuhandkonten dann aber auf den Namen der Lehrkraft, und Fragen der Haftung sind unzureichend geklärt. Der HPR Gymnasien fordert vom Kultusministerium, Konten in Landesverantwortung zu schaffen, bei denen nicht die einzelnen Lehrkräfte, sondern das Land in der Verantwortung steht. Leider konnte in dieser Frage bisher keine für die Lehrkräfte zufriedenstellende Lösung erreicht werden.

## Rahmendienstvereinbarung Digitale Bildungsplattform (RDV DBP)

In der nächsten Zeit wird die Rahmendienstvereinbarung Digitale Bildungsplattform zwischen dem Kultusministerium und den Hauptpersonalräten neu ausgehandelt. Für den HPR Gymnasien wird es darum gehen, bisher Erreichtes, was für die Kolleginnen und Kollegen positiv ist, zu erhalten. Beispiele dafür wären, dass die Lehrkräfte keine privaten Geräte für dienstliche Angelegenheiten verwenden müssen und dienstliche Mails nur zu den üblichen Anwesenheitszeiten an der Schule abrufen müssen.

### Migration von Moodle zur Bildungsplattform des Landes

Der Prozess der Migration von Moodle läuft schleppend, ist mit vielen Zumutungen verbunden und wurde, vor allem was den Zeitplan angeht, vom HPR Gymnasien kritisiert.

**Jörg Sobora**



## ZSL-Jahresbericht vorgestellt

Seit dem 24. Januar steht der ZSL-Jahresbericht 2022/2023 auf der Homepage des ZSL zum Download bereit. Der Bericht umfasst insgesamt achtzig Seiten und gibt einen umfassenden Einblick in die Arbeit des ZSL. Im Teil A des Berichtes geht es um die übergreifenden Arbeitsschwerpunkte des ZSL. Neben der ‘Datengestützten Qualitätsentwicklung’, der ‘Sicherung der Basiskompetenzen und Anschlussfähigkeit’ und der ‘Digitalisierung’ werden weitere Themen behandelt. Aus meiner Sicht bezeichnend ist es, dass die Lehrkräfteausbildung hier erst an letzter Stelle aufgeführt ist.

Im Teil B werden dann drei ausgewählte Evaluationsberichte zur ‘LFB-Statistik’, zur ‘LFB-Evaluation’ und zur ‘Evaluation der Fachteams’ vorgestellt.

Nach wie vor fällt etwa ein Viertel der angekündigten Fortbildungen aus unterschiedlichsten Gründen aus. Spitzenreiter bei den Gründen für eine Absage ist allerdings klar die zu geringe Teilnehmerzahl. Im gymnasialen Bereich dürfte vor allem die Konkurrenzsituation zwischen den beiden Landesoberbehörden ZSL und RP hierfür verantwortlich sein. Seit der Einführung von verpflichtenden Dienstbesprechungen durch die Fachberater Aufsicht haben die Kolleginnen und Kollegen vor Ort je nach Anzahl der unterrichteten Fächer in der Regel mindestens zwei solcher Dienstbesprechungen zu absolvieren. Damit sinkt zwangsläufig die Bereitschaft, an weiteren Fortbildungen teilzunehmen. ‘Gefühlt’ hat man ja dann schon für alle Fächer an einer solchen teilgenommen. Dass in so einem Fall die Behörde, welche die Pflicht-Dienstbesprechungen durchführt, deutlich besser dasteht als die Behörde, die ein freiwilliges Zusatzangebot macht, liegt auf der Hand. Hier muss dringend nachgebessert werden.

**Michael Belz**

# Thema aktuell

*heute: CDU*

## Grundschulempfehlung – verbindlich(er)

von **Andreas Sturm, MdL**

Als ich im Dezember auf Instagram die Entscheidung des Bürgerforums lobte, die Grundschulempfehlung wieder verbindlicher zu machen, ließ der Kommentar eines ehemaligen Kollegen aus meiner Zeit an einem südhessischen Gymnasium nicht lange auf sich warten: »Das Wort ‘verbindlich’ kann man semantisch nicht sinnvoll steigern. Entweder ist etwas verbindlich oder nicht. Die Grundschulempfehlung sollte (wieder) verbindlich werden.«

Mit allem hatte er recht, sowohl bezüglich der Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung als auch seiner linguistischen Korrektur.

Wie der Philologenverband aus seiner Arbeit weiß, zwingen politische Realitäten zu linguistischen Winkelzügen. Die Diskussion um die verbindliche Grundschulempfehlung wurde zu lange zu emotional geführt. ‘Willkür’ hieß es auf der einen Seite, ‘dringende Notwendigkeit’ auf der anderen.

Die CDU-Fraktion schlägt deshalb ein ‘2-aus-3-System’ vor, bei dem aus standardisierten Kompetenztest, der Lehrkräfteempfehlung und dem Elternwunsch zwei Übereinstimmungen erzielt werden müssen.

Die CDU setzt sich für eine evidenzbasierte Bildungspolitik ein, da wäre ein solcher Test ein Teil des Gesamtkonzepts. Mit der Finanzierung für die Einführung von ‘quop’, einer computerbasierten Lernverlaufsdiagnostik in der Grundschule, hat die CDU-Fraktion bereits einen Schritt unternommen. Alle drei Wochen absolvieren die Schülerinnen und Schüler einen Test am Computer und erhalten eine detaillierte Leistungsrückmeldung.

Im Endeffekt verliert die Diskussion um eine verbindliche Grundschulempfehlung etwas aus dem Fokus, worum es eigentlich geht. Im Land der Autobauer würde keiner auf die Idee kommen, ein Auto ohne Lenkrad zu bauen (ja, selbst bei dem autonomen Fahren bedarf es eines Steuerungsmechanismus). Mit der Wiedereinführung des G9 besteht die Sorge, dass das Gymnasium noch mehr Zulauf erhält, insbesondere von Schülerinnen und Schülern, die mit einer gymnasialen Empfehlung derzeit eine Realschule oder Gemeinschaftsschule besuchen.

Das Gymnasium soll nicht nur eine Hochschulzulassung ausstellen, sondern eine Hochschulbefähigung sicherstellen. Dazu muss diese Schulart (wie jede andere auch) eine begabungsgerechte Zulassungsvoraussetzung haben. Wir dürfen nicht nur darüber nachdenken, mit welchen Fähigkeiten Schülerinnen und Schüler das Gymnasium verlassen, sondern auch mit welchen Fähigkeiten sie in die fünfte Klasse kommen.

Das bedeutet nicht, dass Schülerinnen und Schüler vom Abitur ausgeschlossen werden – im Gegenteil! Mit einer begabungsgerechten Förderung kommen Jugendliche im Endeffekt viel weiter: mit oder ohne Abitur.

Ich bin in der fünften Klasse damals auf die Realschule gegangen und erkenne rückblickend, dass das der richtige Weg war. Wir brauchen deshalb eine Grundschulempfehlung, die Begabungen richtig erkennt, welche die beste Förderung sicherstellt und damit erfolgreiche – und zufriedene – Schülerinnen und Schüler zur Folge hat.

Die Konversation, die der Instagram-Kommentar meines eingangs angeführten ehemaligen Kollegen Jörg Holzmann nach sich zog, zeigt ganz deutlich, wo die Bildungspolitik Nachholbedarf hat: Der Dschungel aus sich widersprechenden wissenschaftlichen Studien ist beeindruckend. Es gibt kaum eine Aussage in einer Studie, die nicht von einer anderen in Zweifel gezogen wird. Wenn ich aber Schulen besuche und dort mit Lehrkräften oder Schulleitungen spreche, ergeben sich Aussagen, die achtzig bis neunzig Prozent der Praktiker unterschreiben können.

Willy Brandt forderte: »Mehr Demokratie wagen.« Im Hinblick auf die Gespräche zur Bildungsallianz sage ich gar: »Mehr Praxiskontakt wagen.« Im Endeffekt muss der Laden laufen und alle Ideen müssen den Praxistest bestehen.

Mein ehemaliger Kollege Jörg Holzmann weiß, dass mein Ohr für die Praktikerinnen und Praktiker stets offen ist. Machen auch gerne Sie davon Gebrauch. Über Ihre Meinung zur ‘2-aus-3-Regelung’ zur Grundschulempfehlung freue ich mich.

Warum nicht auch per Instagram oder Facebook? @andreassturmmdl freut sich auf Ihre Meinung.

16. – 18. April 2024

# PERSONALRATS-WAHLEN 2024

**Deine Stimmen für den PhV!**

phv BW
Philologenverband
Baden-Württemberg

## Wir wählen das Gymnasium. Wir wählen PhV!

Wir kämpfen für das Erfolgsmodell Gymnasium. Wir wollen es als eigenständige Schulform erhalten und als In**NOVA**tions-gymnasium G9 weiter-entwickeln. "Eine Schule für alle" lehnen wir als ideologisches Experimentierfeld entschieden ab! Wir wollen die passende Schule für jedes Kind!

GYMNASIUM.
GEMEINSAM.
GESTALTEN.

### Wir setzen uns ein für Bildungsqualität:

- Studierfähigkeit
- Leistungsprinzip
- Vertiefte Allgemeinbildung
- Persönlichkeitsbildung und Werteorientierung für das 21. Jh.

### Deshalb brauchen wir:

- Ein mehrgliedriges und durchlässiges Schulsystem
- Eine verbindlichere Schullaufbahnempfehlung
- Kleinere Klassen
- Ein geringeres Deputat und mehr Anrechnungsstunden

**Darum PhV wählen!**

16. – 18. April 2024

# PERSONALRATS-WAHLEN 2024

**Deine Stimmen für den PhV!**

phv BW
Philologenverband Baden-Württemberg

## Sie haben die Wahl!

Der PhV setzt sich konsequent für den Erhalt des Gymnasiums in einem **differenzierten, durchlässigen, leistungsorientierten und begabungsgerechten Bildungssystem** ein.

Und die **GEW?**

"Die GEW fordert als Konsequenz aus dem miserablen Abschneiden Deutschlands in der Pisa-Studie einen Umbau des Schulsystems hin zu einem längeren gemeinsamen Lernen.", Stuttgarter Nachrichten, 27.12.2023, https://kurzelinks.de/jzrz, aufgerufen am 3.2.2024

„Die Position der GEW „Eine Schule für alle" tragen wir als Zielperspektive mit. Wir bemühen uns, die Vorzüge längeren gemeinsamen Lernens in heterogenen Gruppen über die Landesvertreter*innen bis zur Basis – der Gymnasiallehrkraft an der Schule – näherzubringen." Geschäftsbericht der GEW für den Gewerkschaftstag im Juni 2021, S. 127, https://kurzelinks.de/c0w5, aufgerufen am 26.2.2024.

Der PhV setzt sich für G9 **als Regelform an allen allgemeinbildenden Gymnasien mit der Möglichkeit für G8-Schnellläuferzüge** ein. Alle westdeutschen Flächenländer sind bereits zu G9 zurückgekehrt.

Und die **GEW?**

„Eine flächendeckende Rückkehr zu G9 würde den unterschiedlichen Bedingungen an den Schulen nicht gerecht und niemand hat bisher sagen können, wie das finanziert werden könnte." Monika Stein, Landesvorsitzende der GEW BW, am 04.09.2022 in einer Pressemitteilung der GEW BW, https://kurzelinks.de/kq9f aufgerufen am 26.2.2024

Der PhV hat sich erfolgreich für die Vorlagepflicht der **Grundschulempfehlung** bei der Anmeldung an der weiterführenden Schule eingesetzt und fordert eine verbindlichere Grundschulempfehlung.

Und die **GEW?**

"Eine Rückkehr zur Verbindlichkeit lehnt die GEW als „rückwärtsgewandt" ab. „Es gibt keinen Hinweis, dass eine verbindliche Grundschulempfehlung zu besseren Ergebnissen führt." Matthias Schneider, Geschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Schwäbische Zeitung, 9.11.2023, https://kurzelinks.de/1t30, aufgerufen am 26.2.2024

Weitere Informationen zu Positionen und Erfolgen des PhV finden Sie in den Kandidatenbroschüren für die Wahlen zum HPR und BPR.

# Chat GPT – KI sinnvoll im Unterricht einsetzen

In der Reihe der digitalen Expertenvorträge des Philologenverbandes Baden-Württemberg ging es Anfang dieses Jahres weiter mit zwei Webinaren, in denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Einblicke in die Welt der Möglichkeiten der KI erhielten und auch in die eigene Erprobungsphase gehen konnten.

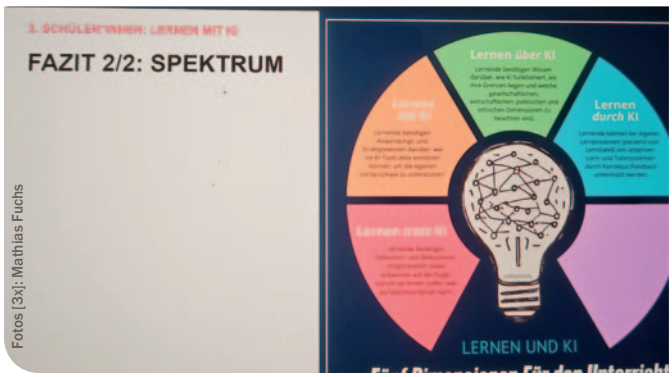
**Dr. Patrick Bronner,** Fachberater am ZSL in Freiburg und PhV-Mitglied, leitete diese Webinare (www.PatrickBronner.de oder auf Twitter bzw. X @P_Bronner), die Moderation lag bei **Martina Scherer,** die einmal von **Stefanie Schrutz** (JuPhi Landesvorsitzende) und am zweiten Termin von **Mathias Fuchs** (Bezirksvorsitzender der JuPhi in Nordbaden) unterstützt wurde.

Nach einer ausführlichen Erklärung zur Funktionsweise von ChatGPT gab es für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die erste Erprobungsphase.

Über die Eingabe von (sogenannten) Prompts wurde der Unterschied zwischen der kostenlosen und der zu bezahlenden Version von ChatGPT getestet. Je ausführlicher ein Prompt, umso präziser die vorgeschlagene Antwort von ChatGPT. Die Eingaben werden ins Englische übersetzt, von daher bietet sich auch direkt ein Prompt auf Englisch an. Je präziser und offener der Prompt formuliert wird, umso besser/weitergehend die Antwort der KI. Geschlossene Fragestellungen lassen beim Ergebnis sehr viele Erwartungen unerfüllt. Ebenso sollte und kann die Niveaustufe, auf der die KI antworten soll, im Prompt angegeben werden.

Es bleibt spannend, ob und wann die Kompetenz des ‘Prompt Schreibens’ in Zukunft in die Curriculae Einzug halten wird. Ebenso sollte aktiv über die Prüfungsformate nachgedacht werden, denn die KI wird nicht mehr ‘weg gehen’, somit hat die Schulverwaltung die Aufgabe, sich mit den Auswirkungen auf die Prüfungen zu beschäftigen.

>> Der Referent Dr. Patrick Bronner, moderiert wird von Martina Scherer und Mathias Fuchs




Fotos [3x]: Mathias Fuchs

>> Die notwendigen Aspekte bei der Nutzung der KI im Unterricht und deren Einfluss auf die Schülerinnen und Schüler

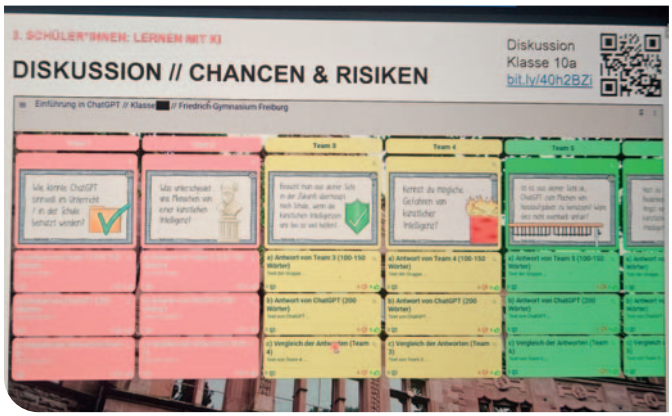
Der datensichere Einsatz der KI wurde auch beleuchtet; Prompts dürfen nie mit persönlichen Daten in der Schule verwendet werden und es sei gesagt, dass das Mindestalter bei der Registrierung in Bezug auf ein KI-Tool bei achtzehn Jahren liegt und das Mindestalter für die Nutzung der KI bei dreizehn Jahren liegt.

Neben ChatGPT wurden aus der Fülle von etwa 10 000 KI-Tools 10 weitere vorgestellt. Hier seien DEEPL für Übersetzungen, DEEPL WRITE für Korrekturen, DALL E für Bilderstellungen, HELLO HISTORY für den Chat mit historischen Personen, PEER oder FIETE für das Einholen von Feedback und GAMMA.APP zur Erstellung von Präsentationen erwähnt. Diese Tools waren der Gegenstand der zweiten Erprobungsphase des Webinars.

Dr. Bronner zog unter anderem das Fazit: »Der Schlüssel zum erfolgreichen Unterricht sind nicht der Einsatz von KI-Tools und Tablet, sondern das ist und bleibt die engagierte und motivierte Lehrkraft.«

Eine der Forderungen des Philologenverbandes lautet: Das Kultusministerium – unser Dienstherr – soll sich für eine datenschutzkonforme Nutzung der KI einsetzen und diese dann den Lehrkräften zur Verfügung stellen. Eine Handreichung zum Einsatz der KI ist längst überfällig!

Dieser Artikel wurde nicht von ChatGPT erstellt, sondern von **Martina Scherer**




>> Die Chancen und Risiken der KI im Unterricht wurden im Webinar deutlich dargestellt

# Abitur Geschichte: Ist das Basisfach das echte Leistungsfach?

von Dieter Grupp
BPR-Mitglied Tübingen

Versetzen wir uns für wenige Minuten einmal in die Perspektive von Schülerinnen und Schülern. Diese wählen in Klasse 10 Geschichte als Basis- oder Leistungsfach nach klaren Kriterien. Im Leistungsfach wird mehr Engagement gefordert, mehr Interesse vorausgesetzt und am Ende steht eine Prüfung, bei der man umfassend auf historische Kompetenzen hin geprüft wird. Im Basisfach Geschichte hingegen, das mindestens belegt werden muss, wenn es nicht als Leistungsfach gewählt wurde, sollten die Anforderungen nicht gering, aber deutlich geringer als im Leistungsfach sein. Soweit die Theorie.

Nun der Praxistest: Wie sieht es tatsächlich in Baden-Württemberg im Abitur 2024 aus? Im Leistungsfach besteht die schriftliche Abiturprüfung aus zwei Schwerpunktthemen, zu denen je eine Klausur gestellt wird. Grundlage dieser Schwerpunktthemen sind jeweils fünf Standards aus dem Bildungsplan, die im Vorfeld von der Abituraufgabenkommission ausgewählt wurden und von Beginn der Kursstufe an bekannt sind. Es gibt Schülerinnen und Schüler, die sich zur Absicherung auf beide Themen vorbereiten, die meisten konzentrieren sich nach der Erfahrung des Autors auf eines. Das kann sich dann (aus dem großen Feld der deutschen, europäischen und globalen Geschichte zwischen 1800 und 2000) beim aktuellen Schwerpunktthema II auf folgende Themen konzentrieren: Wirtschaftliche Entwicklung von Bundesrepublik und DDR bis in die 1970er, Umgang mit Protest und Aufbruchsversuche zu mehr Bürgerbeteiligung in West- und Osteuropa, Wirtschaftskrise der 1970er und 1980er in Westeuropa und Zusammenbruch des Ostblocks – mit etwas Fantasie kann man sich hier ein Narrativ denken: wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Geschichte in Europa von 1945 bis 1990.

Diese Verengung soll hier nicht kritisiert werden, im Gegenteil: So ist es möglich, im schriftlichen Abitur nicht nur oberflächlich Inhalte, sondern tatsächlich auch methodische und sog. Reflexions- und Orientierungskompetenzen abzuprüfen (für Nicht-Didaktiker: was man unter historischem Urteilen versteht, also das, was man braucht, um zum Beispiel die Demokratie zu stärken). Der Grund, warum vielen Lehrkräften graue Haare wachsen, ist ein anderer: Der Unterschied zu den Anforderungen im Basisfach ist so unfassbar immens – und zwar in der Breite, nicht in der Tiefe.

In der Theorie müssen Schülerinnen und Schüler den ganzen Basisfachplan der Kursstufe von 11.1 bis 12.2 als Grundlage für die mündliche Prüfung im Basisfach beherrschen; der besteht aus über 200 Fachbegriffen verteilt auf 31 Standards[1]. Inhaltlich erstreckt sich das von den Grundlagen der Industrialisierung über die politische Modernisierung in Europa und den USA zur Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus, dem stalinistischen Russland, dem Zweiten Weltkrieg (nicht zu vergessen: der Abessinienkrieg), der Shoah, der Nachkriegszeit, dem Kalten Krieg und seinen politischen und ökonomischen Grundlagen, den Protestbewegungen in Ost und West, dem Strukturwandel, der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit bis hin zur Dekolonialisierung in Asien und Afrika und russischen Oligarchen. All das kann natürlich niemals in einer zwanzigminütigen Prüfung abgefragt werden, aber jedes einzelne Thema könnte zentraler Gegenstand der Prüfung sein. Die Lehrkraft weiß natürlich, welches Thema drankommt – die Schülerinnen und Schüler allerdings nicht.

Bildungspläne Baden-Württemberg

https://www.bildungsplaene-bw.de/bildungsplan,Lde/Startseite/BP2016BW_ALLG/BP2016BW_ALLG_GYM_G

Nun könnte man argumentieren: Schülerinnen und Schüler lernen so früh, dass man das meiste, was man gelernt hat, später sowieso nicht braucht. Oder: Man will an sich verhindern, dass das Fach als Prüfungsfach gewählt wird und deshalb legt man die Latte so hoch. Beides wäre aber zynisch und Zynismus liegt jeder Verwaltung fern. Die Antwort ist (wie meist) einfacher und struktureller: Die Konvergenz isolierter Einzelentscheidungen hat das Problem verursacht: zuerst ein hoffnungslos überladener Bildungsplan und dann die Entscheidung, das mündliche Abiturprüfungsformat zu ändern – welche Auswirkungen die beiden Entscheidungen für das Lernpensum eines Prüflings haben, wurde nicht erkannt. Inzwischen sind diese Auswirkungen aber hinlänglich bekannt. Deshalb bleibt zu fragen: Warum muss ein Prüfling im Basisfach Geschichte mindestens dreimal so viel Stoff vorbereiten wie ein Prüfling im Leistungsfach. Ist das Basisfach tatsächlich das wahre Leistungsfach? Wo bleibt der Gerechtigkeitssinn, das Augenmaß, der Blick für die Nöte von Schülerinnen und Schülern?

Zum Schluss deshalb noch ein Weg aus dem Dilemma: Wie kann man es verhindern, dass die Schülerinnen und Schüler neunzig Prozent und mehr für den Papierkorb pauken? Und wie kann man es schaffen, das Fach Geschichte für Schülerinnen und Schüler der Kursstufe attraktiv und zum ech-

ten Denkfach zu machen? Man müsste sich lediglich vom Vollständigkeitswahn verabschieden, den gesamten Lehrstoff als Grundlage der Prüfung zu postulieren, sondern den Lehrkräften zutrauen, dass sie bestimmte Themen zuerst im Unterricht, dann in der Prüfung zentral in den Mittelpunkt stellen. Wenn man sich zum Beispiel im Facherlass dazu durchringen könnte, diese von der Lehrkraft individuell festzulegende Schwerpunktsetzung auf ein zentrales Hauptthema pro Halbjahr (zum Beispiel Industrialisierung, Nationalsozialismus, Kalter Krieg, Dekolonialisierung) vorzunehmen, dann hätten die Schülerinnen und Schüler immer noch einen Berg voller Arbeit vor sich, aber dieser Berg wäre nicht einmal mehr halb so hoch und der eine oder die andere könnte mehr in die Tiefe gehen …

Der Autor des Artikels wartet gespannt darauf, ob man im Kultusministerium noch ein paar Jahrgänge in das oben beschriebene Messer laufen lässt, ob man auf den nächsten Bildungsplan wartet oder ob man die Größe hat, sich selbst zu korrigieren, und pragmatisch agiert.

1 Der interessierte Leser kann sich diese Fachbegriffe und Standards bei Interesse hier genauer anschauen: https://www.bildungs-plaenebw.de/bildungsplan,Lde/Startseite/BP2016BW_ALLG/BP2016BW_ALLG_GYM_G: Es geht um die Standards unter 3.4; die ungeraden letzten Ziffern beziehen sich aufs Basisfach, die gerade Ziffern aufs Leistungsfach.

# Die Wahlen stehen vor der Tür!

von Enver Groß
Schriftleiter 'Gymnasium Baden-Württemberg'

Vom 16. bis 18. April finden auf allen drei Ebenen die Personalratswahlen statt. Die Örtlichen Personalräte (ÖPR) aus Ihrem Kollegium, die Bezirkspersonalräte (BPR) an den Regierungspräsidien und der Hauptpersonalrat (HPR) am Kultusministerium werden neu gewählt.

Ihnen wird sicherlich nicht entgangen sein, dass die März-April-Ausgabe unserer Zeitschrift dieses Jahr etwas früher erscheint als üblich. Wir haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Sie vor den Wahlen mit 'Gymnasium Baden-Württemberg' noch einmal erreichen zu können und Sie über aktuelle Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten. Insbesondere die Konzeption des Philologenverbandes Baden-Württemberg zu G9 wollten wir Ihnen noch nahebringen. Unermüdlich haben sich unsere Akteure hier eingesetzt, um Ministerin Theresa Schopper ein Konzept vorlegen zu können, in welche Richtung das neunjährige Gymnasium und der achtjährige Schnellläufer gehen sollen. Wir bleiben dran, um mitzugestalten und werden alles dafür tun, damit das Gymnasium seine ureigenen Aufgaben wie die Studierfähigkeit, aber auch die Persönlichkeitsentwicklung unserer Schülerschaft wieder in vollem Umfang erfüllen kann.

In den Gremien des Hauptpersonalrats und der Bezirkspersonalräte wurde in den letzten fünf Jahren stets versucht, die Belange der Lehrkräfte in den Vordergrund zu stellen. Der Philologenverband Baden-Württemberg bildet dabei sowohl im Hauptpersonalrat als auch in den Bezirkspersonalräten im Bereich Gymnasien die größte Fraktion und setzt sich auch außerhalb dieser Gremien als Verband aller baden-württembergischen Gymnasiallehrkräfte mit großem Eifer für Sie ein.

Unterstützen Sie uns auch weiterhin, indem Sie der PhV-Liste Ihre Stimmen geben. Dadurch stärken Sie unseren Einfluss sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene, damit wir Sie als starke Fraktion die nächsten fünf Jahre wieder intensiv und nachhaltig vertreten können.

An dieser Stelle gilt mein großer Dank den Wahlvorständen an den Schulen, auf Bezirksebene und auf Landesebene. Sie leisten in dieser Zeit Außerordentliches und tragen entscheidend zum reibungslosen Ablauf und somit zum Gelingen der Personalratswahlen 2024 bei.

Nun wünsche ich uns allen gelungene Wahltage und Ihnen besonders viel Durchhaltevermögen für die bevorstehenden Abiturprüfungen!

# Klausurtagung des BV Nordwürttemberg

*Die neu gewählten BV-Vorsitzenden **Laura Schönfelder** und **Alex Epp** luden zur Klausurtagung am 23. und 24. Februar nach Künzelsau in das Hotel Restaurant Anne-Sophie ein; gekommen sind neben dem neu gewählten Bezirksvorstand auch dessen langjährige ehemalige Mitglieder: Gute Voraussetzungen für Reflektion, Diskussion und Neuakzentuierung.*

Am Freitagnachmittag bildete der Wahlkampf mit den bevorstehenden Personalratswahlen den ersten Schwerpunkt: Als Spitzenkandidatinnen auf Landesebene gehen für unseren Bezirk **Andrea Pilz, Claudia Grimm** und **Anne Käßbohrer** ins Rennen – alle drei erfahren in Verbands- und Gremienarbeit auf Bezirks- und Landesebene; selbstverständlich sind auch unser Landesvorsitzender **Ralf Scholl,** ebenso wie **Martin Brenner** und **Cornelia Schuster** im Spitzenfeld vertreten. Fest etabliert im Philologenverband ist die Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – hier kandidieren auf Landesebene die aktuelle Arbeitnehmervertreterin im HPR **Ursula Kampf** zusammen mit **Beatrix Verse** aus Nordwürttemberg.

Die Bezirksarbeit im Gremium mit dessen personeller Neuaufstellung und teilweise auch organisatorischen Neuausrichtung beschäftigten die Teilnehmer über den Freitagabend hinweg bis zum Mittagessen am Samstag.

Neben der Organisation und Arbeit im Gremium rückten die Planungen der kommenden Schulvertreterversammlungen als weiterer Schwerpunkt ins Zentrum der Überlegungen: Welche Inhalte oder thematischen Schwerpunkte? Lehrergesundheit, pädagogische Herausforderungen, psychologische Hilfen – in Theorie und Praxis? Dauerbrenner Medienpädagogik – und ja, G9? Welche Gastredner anfragen? Ein flankierendes Kulturprogramm auch noch? Viele Fragen, Antworten und – Hausaufgaben!

Am frühen Samstagabend beendete die Vorsitzende eineinhalb arbeitsintensive, aber auch kommunikative Tage. Alle Teilnehmenden, aktive wie ehemalige Mitglieder des Bezirksvorstandes, profitierten für die Aufgaben des Jahres von diesem Arbeitswochenende und vertreten den Bezirk auf den Spitzenplätzen für die kommende BPR-Wahl:

>> Laura Schönfelder und Alex Epp

Fotos (2x): Anne Käßbohrer

***Beamte***

- **Laura Schönfelder,**
- **Martin Brenner,**
- **Alex Epp,**
- **Siegmar Scheffold,**
- **Andrea Pilz,**
- **Cornelia Schuster,**
- **Ralf Rohrschneider,**
- **Anne Käßbohrer**

***Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer***

- **Ursula Kampf**
- **Bearix Verse.**

**Siegmar Scheffold**

>> Die Teilnehmer an der Klausurtagung des BV Nordwürttemberg

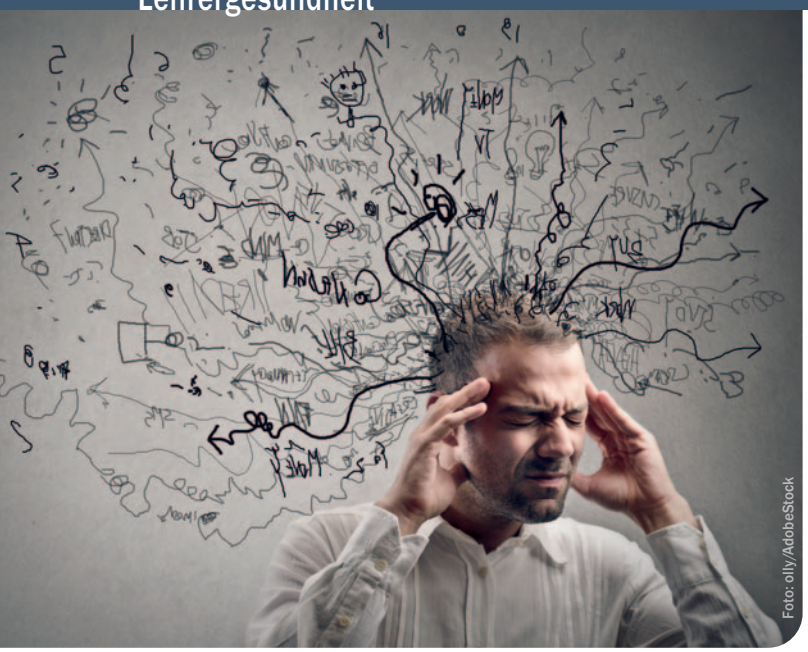


Foto: olly/AdobeStock

# COPSOQ

## Ein wichtiges Instrument für Lehrkräfte zur Verbesserung der psychosozialen Arbeitsbedingungen

von **Anne-Elise Kiehn**
Mitglied im HPR

*Angesichts eines zunehmend anspruchsvollen Bildungsumfelds, in dem Lehrkräfte mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert sind, ist es entscheidender denn je, einen genaueren Blick auf die psychischen Belastungen zu werfen.*

Daher startet das Kultusministerium in diesem Jahr bereits zum dritten Mal eine umfassende Untersuchung der psychosozialen Belastungsfaktoren, denen Lehrkräfte im Schulalltag ausgesetzt sind. Grundlage dieser Initiative sind die Vorgaben des Arbeitsschutzgesetzes (§ 5 ArbSchG), welches die Beurteilung aller mit der Arbeit verbundenen Gefährdungen – seit 2013 ausdrücklich auch der psychischen – fordert.

Geplant ist, die Befragung in neun Tranchen an den knapp 4000 Schulen durchzuführen, mit dem Ziel, das Projekt bis 2026 abzuschließen. Zum Einsatz kommen wird, wie bei den bereits abgeschlossenen Befragungen, der COPSOQ-Fragebogen. Dieser zeichnet sich durch seine wissenschaftliche Validität aus und dient der Erfassung psychosozialer Belastungen sowie Beanspruchungen im beruflichen Umfeld. Seine Ergebnisse bilden die Basis für die Entwicklung von Maßnahmen zur Verringerung dieser Belastungsfaktoren, sofern nötig.

Ein besonderes Merkmal des COPSOQ ist seine branchen- und berufsübergreifende Anwendbarkeit. Um jedoch sicherzustellen, dass der Fragebogen die spezifischen Belastungen von Lehrkräften adäquat erfasst, wurde er von einer Arbeitsgruppe an die aktuellen Bedingungen in den Schulen angepasst. Diese Gruppe bestand aus Mitgliedern der verschiedenen Hauptpersonalräte, der Schwerbehindertenvertretung, Mitarbeitenden des Kultusministeriums sowie einem Vertreter der Freiburger Forschungsstelle für Arbeitswissenschaften GmbH (FFAW).

Es ist wichtig hervorzuheben, dass die Teilnahme an der Befragung **vollständig anonym** erfolgt. Weder Schulleitungen noch übergeordnete Behörden werden Zugriff auf individuelle Antworten der Lehrkräfte bekommen. Schulleitungen erhalten lediglich zusammengefasste Ergebnisse, die keinen Rückschluss auf einzelne Lehrkräfte zulassen.

**Wichtige Links**

https://www.copsoq.de/
Seite der FFAW

https://t1p.de/4x4lm
Seite des Kultusministeriums zu den ersten beiden Befragungen

### Was hat eine Lehrkraft davon, an der Befragung teilzunehmen?

1. **Erkenntnis über die eigene Situation:**
   Jede Lehrkraft erhält Einblick in ihre individuellen Belastungsfaktoren und kann bei Bedarf entsprechende Maßnahmen einleiten.
2. **Überblick über die Schulsituation:**
   Die Ergebnisse der Befragung liefern ein klares Bild darüber, was in Ihrer Schule gut läuft und wo es Verbesserungspotenzial gibt.
3. **Unterstützung durch die übergeordneten Behörden:**
   Die aggregierten Daten aus der Befragung bieten den übergeordneten Behörden eine solide Grundlage für die Entwicklung und Implementierung von zielgerichteten Gesundheitsförderungsmaßnahmen, die den einzelnen Lehrkräften schließlich zugutekommen.
4. **Stärkung der Personal-/Interessenvertretung:**
   Diese benötigen konkrete Informationen, um sich effektiv für die Belange der Lehrkräfte einzusetzen. Hierzu gehört die Entwicklung von Forderungen und Vorschlägen, die auf fundierten Daten basieren und somit eine größere Durchsetzungskraft haben.

Die Teilnahme jeder einzelnen Lehrkraft an der COPSOQ-Befragung ist entscheidend, um konkrete Verbesserungen im Arbeitsumfeld zu erzielen. Mit den gewonnenen Daten kann ein gesünderes Arbeitsklima geschaffen und die Arbeitszufriedenheit erhöht werden. So werden auch die Freude am Lehrberuf und die Bildungsqualität insgesamt gesteigert. Jede Lehrkraft kann dazu beitragen, positive Veränderungen an unseren Schulen zu realisieren.

# Erschöpft? Genervt? Kurz vor dem Burnout?

**Nehmen Sie an der Fortbildung '10plus' teil!**

Sind Sie seit mindestens zehn Jahren im Schuldienst tätig? Spüren sie, dass Ihre Kräfte nachlassen und Ihre Motivation sinkt? Dann möchte ich Ihnen die Reihe '10plus – Motiviert und gesund bleiben im Lehrerberuf' sehr ans Herz legen.

10plus – Motiviert und gesund bleiben im Lehrerberuf

https://t1p.de/ngqjh

## Was kommt bei 10plus auf Sie zu?

- Sie brauchen einen Tandempartnerin/einen Tandempartner,
- Sie führen mit Ihrer Partnerin/Ihrem Partnerin wechselseitig Unterrichtshospitationen durch;
- Sie nehmen an einer ganztägigen Einführungsveranstaltung teil;
- Sie nehmen an fünf weiteren Sitzungen am Nachmittag, über ein Schuljahr verteilt, teil.

## Wie profitieren Sie von 10plus?

- Sie lernen Ihre Stärken noch besser kennen!
- Sie bekommen ein konstruktives Feedback auf Augenhöhe!
- Sie lernen, mit anstrengenden Situationen im Schulalltag umzugehen!
- Sie setzen sich realistische Ziele!
- Sie erweitern Ihr Netzwerk!
- Sie schließen das Schuljahr gestärkt und mit neuer Motivation für das, was kommt, ab!
- Und nicht zuletzt: **Für die Teilnahme an dieser Reihe wird Ihnen eine Deputatsstunde angerechnet!**

Als ehemalige Teilnehmerin höre ich von eigentlich interessierten Kolleginnen und Kollegen immer wieder dieselben Einwände. Es beginnt immer mit: »Das ist mir zu zeitaufwändig.« Ja, es ist richtig, 10plus erfordert eine ganze Menge Zeit, nicht nur für die Sitzungen, sondern auch für die Hospitationen, **aber es handelt sich um die einzige Fortbildung, die mit einer Deputatsstunde (= 72 Zeitstunden) vergütet wird**! Ich persönlich dachte vor den Sitzungen auch oft: »Schon wieder ein Termin«, aber die Gewissheit, dass dieser Einsatz nicht nur anerkannt, sondern auch materiell wertgeschätzt wird, gab mir jedes Mal aufs Neue ein positives Gefühl auf dem Weg dorthin – ganz zu schweigen von der Zufriedenheit, die ich nach den Sitzungen empfand.

Foto: stokkete/AdobeStock

Ein anderer Einwand lautet: »Ich weiß nicht, mit wem ich das machen soll.« Hier kann ich Sie nur ermuntern, auf eine Person im Kollegium zuzugehen. **Die meisten Kolleginnen und Kollegen sind froh, wenn jemand die Initiative übernimmt!** Es ist nicht entscheidend, dass Ihre Fachgebiete übereinstimmen oder dass Sie bisher viel miteinander zu tun hatten. Wichtig ist, dass Sie sich vorstellen können, **vertrauensvoll miteinander umzugehen**! Im besten Fall haben Sie nach 10plus eine Freundin oder einen Freund mehr, oder einfach nur jemanden, mit dem Sie sich auch in Zukunft über besondere Situationen austauschen können.

Die Belastungen in unserem Beruf sind hoch, und viele von uns sind wirklich am Ende mit ihren Kräften. So höre ich eine Teilnehmerin in der ersten Sitzung, befragt nach ihrer Motivation der Teilnahme, aus vollem Herzen sagen: »Ich kann einfach nicht mehr.« Als ich diese Kollegin fast ein Jahr nach Abschluss von 10plus wiedertraf und sie nach ihrem Befinden fragte, sagte sie mir, dass sie sich dank 10plus nun viel besser fühle und sie wieder motiviert in die Schule gehe.

Wenn Sie neugierig geworden sind, suchen Sie sich in Ihrem Kollegium am besten gleich eine Person, mit der Sie sich vorstellen können, vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Suchen Sie sich dann bei LFB-online eine passende Veranstaltung aus und melden sich an.

Bleiben Sie gesund und motiviert! Alles Gute wünscht Ihnen

**Anne-Elise Kiehn,** anne-elise.kiehn@phv-bw.de



**IMPRESSUM**

Die Zeitung 'Gymnasium Baden-Württemberg' erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft 'Gymnasium Baden-Württemberg' (inklusive der DPhV-Zeitschrift 'Profil') beträgt 3,– Euro und für ein Jahresabonnement 18,– Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

**Redaktion:**
*Schriftleiter:* Enver Groß *[E.G.]*
enver.gross@phv-bw.de
Pfannenstiel 34
88214 Ravensburg

*Redaktionsteam:*
Sabine Grobe *[S.G.]*
Helmut Hauser *[H.H.]*
Bettina Hölscher *[HL]*
Edelgard Jauch *[E.J.]*
Anne Käßbohrer *[A.K.]*
Richard Zöller *[R.Z.]*

**Herausgeber:**
Philologenverband
Baden-Württemberg
Alexanderstraße 112
70180 Stuttgart
Tel.: 0711 2396250
Fax: 0711 2396277
info@phv-bw.de
www.phv-bw.de

**Verlag & Anzeigenverwaltung:**
Pädagogik & Hochschul Verlag
dphv-verlagsgesellschaft mbh
Graf-Adolf-Straße 84
40210 Düsseldorf
Tel.: 0211 3558104
dassow@dphv-verlag.de
www.dphv-verlag.de

**Erscheinungstermin:** sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Baden-Württemberg.

Ein **Online-Beitrittsformular**, den **Hinweis zum Datenschutz** und den **Datenschutz zum Newsletterversand** sowie die aktuell gültigen **Mitgliedsbeiträge** finden Sie unter

**www.phv-bw.de/mitgliedschaft/**

# Fehlende Weitsicht im Kultusministerium

## Sparmodus bei den Überlegungen zu einem neuen G9-Gymnasium?

Sowohl die Bürgerinitiative ‘G9 jetzt!’ als auch das Bürgerforum zeigen: Nicht nur Eltern warten auf die Einführung eines in die Zukunft gewandten G9. Die Planungen im baden-württembergischen Kultusministerium scheinen dazu aber nur im Schneckentempo voranzukommen. Das überrascht den Verband der gymnasialen Lehrkräfte, nicht zuletzt, weil der Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) dem Kultusministerium längst ein durchdachtes InNOVAtionsgymnasium G9 vorgestellt hat!

Martina Scherer, stellvertretende Vorsitzende des PhV BW, erläutert: »Natürlich kann es nicht einfach um die Einführung eines um ein Jahr gedehnten G8 gehen. Das Ziel, den Jugendlichen die besten Startchancen für Studium und Beruf mitzugeben, erfordert heute die Qualifikationen des 21. Jahrhunderts, dazu gehören die ‘4 K’ (Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und Kritisches Denken). Diese Kompetenzen kann aber nicht erwerben, wer keine breite und vertiefte Allgemeinbildung hat.«

Heranwachsende für ihren Lebensweg gut aufzustellen hat aus Sicht des Philologenverbandes Baden-Württemberg folgende Dinge als Voraussetzung:

- Fachlichkeit in einem ausgeglichenen Fächerkanon,
- Wissenschaftsorientierung,
- gezielte Digitalisierung sowie
- interkulturelle, historische und politische Bildung.
- Außerunterrichtliche Angebote und eine gute Klassengemeinschaft sollen soziale Fähigkeiten entwickeln helfen. Auch dafür müssen die durch G9 gewonnenen Freiräume Möglichkeiten vorsehen.

»Deshalb sieht unser Konzept vor, die Stundenzahl im Vergleich zu G8 wieder zu erhöhen, damit neun Schuljahre auch gymnasial gefüllt werden. Entsprechend der kindlichen Belastungsfähigkeit wird eine sinnvolle Progression in der Anhebung der Wochenstundenzahl im Lauf der Schuljahre angestrebt. Kein Fach soll weniger Stunden haben als im bisherigen G8-Konzept«, macht Karin Fetzner, stellvertretende Vorsitzende des Philologenverbandes Baden-Württemberg, deutlich.

Professioneller Fachunterricht muss in allen Schuljahren das Herzstück gymnasialer Bildung sein. Dies bedeutet, in der Unterstufe zunächst einen Fokus auf die Kernfächer zu legen. Aber auch methodische Fähigkeiten wie ‘Lernen lernen’ schaffen eine wichtige Grundlage für die folgenden Jahre und für einen breiten Fächerkanon. Ein Zurück zu einem reinen Halbtagsgymnasium wird nicht angestrebt, da Kinder und Jugendliche neben dem Fachunterricht weitere Angebote benötigen, damit unterschiedliche Elternhäuser und Fördermöglichkeiten privater Natur sich weniger bemerkbar machen. Bildungsgerechtigkeit braucht Bildung!

Arbeitsgemeinschaften müssen weiterhin das schulische Angebot bereichern und sind Teil eines ganzheitlichen Bildungsansatzes. Klassenstufenübergreifend werden Schulsanitäterinnen, Schauspieler, Sportlerinnen und Musiker qualifiziert sowie viele Talente entdeckt und gefördert.

Innovatives Denken kann in aktives Handeln münden. Engagement trifft auf Anerkennung. Dies ist eine wichtige zivilgesellschaftliche Erfahrung, die Schule als Mikrokosmos der Gesellschaft ermöglichen muss.

Der Vorschlag des Philologenverbandes Baden-Württemberg für eine G9-Stundentafel sieht vor, die Kernfächer mit mehr Stunden auszustatten. Kernfächer, zum Beispiel Deutsch und Mathematik, können so die Grundlagen für andere Fächer legen. Dadurch können Förderstunden (‘Poolstunden’) entfallen – ebenso wie für Eltern teure Nachhilfemaßnahmen. Grundlegend dafür ist eine verbindlichere Grundschulempfehlung als bislang.

Klassenlehrerstunden für soziales Lernen, Persönlichkeitsentwicklung und ‘Lernen lernen’ helfen, von Anfang an eine angstfreie Atmosphäre zu etablieren, in der Lernen für alle möglich ist. Dies sind auch die einzigen ‘Poolstunden’, die in die Stundentafel aufgenommen wurden. Das bedeutet, dass diese Stundentafel auch den tatsächlichen Bedarf deutlich macht.

Künstliche Fachverbünde wie ‘Biologie, Naturphänomene und Technik’ (BNT) sollen aufgelöst werden, da im Fachunterricht die beste Wissensvermittlung möglich ist. Gesellschaftswissenschaften sollen nicht zuletzt mit Blick auf unsere Demokratie und das in Baden-Württemberg neu etablierte Wahlrecht ab sechzehn Jahren gestärkt werden. Informatik soll in den Fächerkanon integriert werden.

Die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg braucht ein allgemeinbildendes Gymnasium, das viele Anforderungen zugleich erfüllen kann. G9 ist ein zentraler Baustein. Zentral ist aber die gute Umsetzung von G9: Bildungsgerechtigkeit braucht Ressourcen, ist aber zugleich selbst Ressource für unser Land. Das sollte auch bei der Aufstellung des Staatshaushalts berücksichtigt werden. Eine G9-Sparversion würde zeigen, dass die Politik das Land der Tüftler und Denker aufgegeben hat.

**Weitere Informationen und die Stundentafel siehe**

https://www.phv-bw.de/wp-content/uploads/2024/02/2024-01-31-PhV-G9-Konzept.pdf

https://www.phv-bw.de/wp-content/uploads/2023/12/PhV-G9-Vorschlag-mit-Informatik.pdf

**Az. 1811/2024-04 Stuttgart, 4. März 2024**
Pressemitteilung des Philologenverbandes Baden-Württemberg zum Thema G9

16. – 18. April 2024

# PERSONALRATS-WAHLEN 2024

## Engagement hat viele Gesichter

phv BW
Philologenverband Baden-Württemberg

# In**NOVA**tionsgymnasium G9

Gymnasium **NEU** denken – unter dem Stichwort "In**NOVA**tions-Gymnasium G9" wollen wir das Gymnasium fit machen für die komplexen Herausforderungen der Zukunft.

Unsere Mission ist vielschichtig, aber vor allem geht es uns darum, **Qualität in der gymnasialen Bildung** nachhaltig sicherzustellen!

Wir fordern deshalb **bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen** für die gymnasialen Lehrkräfte sowie **Fokussierung auf Unterricht** als Herzstück schulischer Qualifikation.

Heranwachsende für ihren Lebensweg gut aufzustellen braucht aus unserer Sicht Fachlichkeit in einem ausgeglichenen Fächerkanon, Wissenschaftsorientierung, gezielte Digitalisierung, interkulturelle, historische und politische Bildung. Außerunterrichtliche Angebote und eine gute Klassengemeinschaft sollen soziale Fähigkeiten entwickeln helfen. Auch dafür müssen gewonnene Freiräume in G9 Möglichkeiten bieten.

Statt "Gymnasium für alle" betonen wir als PhV BW das **Leistungsprinzip am Gymnasium**. Wir wollen die **individuelle Entwicklung** unserer Kinder und Jugendlichen fördern und somit auch für **Bildungsgerechtigkeit** sorgen. Schülerinnen und Schüler müssen eine klare Rückmeldung erhalten. So können Engagement und Erfolg in der „Lern-Zone" erreicht werden.

Unsere Konzeption für ein zukunftsfähiges Gymnasium G9 formulieren wir als konkrete Ansagen an Politik und Kultusverwaltung – mit Durchsetzungsvermögen, Leidenschaft und dem Gewicht der führenden Interessenvertretung gymnasialer Lehrerinnen und Lehrer.

Mehr Informationen zum In**NOVA**tionsgymnasium G9 finden Sie auf unserer Internetseite unter **https://www.phv-bw.de/phv-g9-konzept**.

**NOVA**

**N**eun Jahre für mehr Freiheit, Lernzeit und Engagement

**NOVA**

**O**rientierung: Wege und Werte in einer demokratischen Gesellschaft

**NOVA**

**V**erknüpftes Wissen für Allgemeinbildung und echte Studierfähigkeit

**NOVA**

**A**ußerunterrichtliche Angebote und Räume für Kreativität